

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementpreis Mc. 1,50 pro Vierteljahr. Zu bezahlen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kaiser, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenkabinett: Eduard Steinbrenner, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Unterlage für die vergrößerte Verteilung oder deren Raum 30 Pf.  
Vergnügungsangebote und Arbeitsermittlungen 30 Pf.  
Versammlungsangebote 15 Pf.

## Vertragspolitik und Lohnkämpfe.

Die Tarifpolitik hat im Deutschen Holzarbeiter-Verband erst seit dem Jahre 1907 eine größere Bedeutung erlangt. Zwar hat sich schon der Verbandstag zu Nürnberg im Jahre 1900 durch die Annahme der Resolution Schmidt grundsätzlich für Tarifverträge ausgesprochen; es ist auch schon vorher zu vereinzelten Vertragsabschlüssen gekommen, und die Zahl der Tarifverträge hat nach dem Verbandstag in Nürnberg eine weitere Steigerung erfahren, aber erst das Jahr 1907 brachte den entscheidenden Wendepunkt. Mit dem Friedensschluß, durch welchen die große Aussperrung im Frühjahr 1907 beigelegt wurde, ist die Ära der Tarifverträge in der Holzindustrie eröffnet worden. Der Arbeitgeberverbund hat damals erkennen müssen, daß er seine Macht überstiegen hatte. Er war außerstande, den Deutschen Holzarbeiter-Verband zu überrennen; statt uns eine Niederlage zu bereiten, mußte er sich dazu bequemen, uns wesentliche Zugeständnisse zu machen. Und die Lehren des Kampfes vom Jahre 1907 hatten eine so nachhaltige Wirkung, daß der Arbeitgeberverbund seither davon abgesehen hat, die große Machtprobe zu wiederholen.

Die Ära der Tarifverträge ist in unseren Melchen keineswegs mit ungetilfter Freude begrüßt worden. Es wurden im Gegenteil gar manche Bedenken laut. Insbesondere konnten viele Kollegen die Befürchtung nicht unterdrücken, daß unsere Tarifpolitik die Kampfesfertigkeit des Verbandes nachteilig beeinflussen würde. Wenn wir, so argumentierten diese Kollegen, so großen Wert auf eine friedliche Verständigung mit den Unternehmern legen, wenn die Differenzpunkte auf Jahre hinaus besiegelt werden, dann wird uns ja jede Möglichkeit genommen, unsere Kraft im Kampf zu stärken, und es muß notwendig eine Erschaffung eintreten. Wählt man tiefer, so erkennt man sofort die Fehlchancigkeit dieser Argumentation. Sie geht von dem Gesichtspunkte aus, daß wir als Kampforgанизation nüchternsweise Kämpfe führen müssen, um unserer Aufgabe gerecht zu werden. Hierbei wird jedoch übersehen, daß das Führen von Streiks durchaus nicht das Ziel unserer Organisation ist. Wir streben die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, und der Streik ist nur ein Mittel zur Errreichung dieses Ziels, und zwar das allersehleste Mittel, welches erst dann zur Anwendung gelangt, wenn alle anderen Mittel versagt haben.

Der Abschluß von Tarifverträgen, sei es durch friedliche Verhandlungen, sei es nach einem vorausgegangenen Kampf, liegt also durchaus auf der Linie, in welcher sich unsere Organisation seit jeher bewegt hat, und die Ära der Tarifverträge schließt den Lohnkampf keineswegs grundsätzlich aus. Die Anforderungen an die Kampfestlichkeit und Geschlossenheit des Verbandes sind sogar, seitdem die Tarifverträge eine größere Bedeutung erlangt haben, noch wesentlich gestiegen. Wir sind bei aller Tariffreundshaft nichts weniger als Tariffanästhetiker. Nicht der Abschluß eines Vertrages ist uns die Hauptfache, sondern sein Inhalt, und unsere Tariffreundshaft hindert uns nicht, auf den Abschluß eines Tarifes zu verzichten, wenn er nicht das Mindestmaß dessen enthält, was wir durchzusetzen beabsichtigen.

Wollen wir also gute Verträge, dann müssen wir eine starke und kämpfbereite Organisation haben. Nicht aus Liebe zu den Arbeitern machen uns die Unternehmer Zugeständnisse, sondern um sich vor dem größeren Schaden zu bewahren, den ihnen ein Kampf bringt. Die Vereitwilligkeit der Arbeiter, sich in Frieden mit den Unternehmern zu verständigen, macht auf diese nicht den geringsten Einfluß, nur dann werden sie entgegenkommen, wenn sie wissen, daß hinter unserem Kriegsfall einer friedlichen Verständigung auch der Willen und die Macht steht, daß er kämpfen, was uns verweigert wird. Je größer unsere Kampfestlichkeit, desto günstiger sind die Arbeitsbedingungen, die uns in den Tarifverträgen zugestanden werden.

Mit dem Abschluß des Vertrages hat aber die Organisation ihre Aufgabe noch nicht erfüllt. Dieselben Unternehmer, die es fertig bringen, mit der Parole „ohne Vertrag keine Arbeit“ in den Kampf zu ziehen, bestimmen sich keinen Augenblick, die ihnen unbehagten Vertragsbestimmungen zu umgehen, wenn sie glauben, es ungünstig tun zu können. Um die vertraglich festgelegten Errungenschaften zu sichern, ist es also notwendig, die Organisation fortgesetzt instand zu erhalten. Das ist um so notwendiger, als ja der Vertrag nur auf eine bestimmte Frist abgeschlossen ist und bei den Verhandlungen über die Erneuerung die Partei am besten führt, die über die beste

Organisation verfügt. Also auch in den Fällen, wo sich der Vertragsabschluß und die Vertragserneuerung ohne offenen Kampf vollzieht, ist eine starke Organisation ein unumgängliches Erfordernis.

Der Tarifgedanke macht auch in der Holzindustrie unverkennbare Fortschritte. Am Ende des Jahres 1909 waren die Arbeitsbedingungen schon für mehr als 92 000 Holzarbeiter tariflich geregelt. Über die Ausbreitung der Tarifverträge ist keineswegs gleichbedeutend mit einer Verminderung unserer Lohnkämpfe. Bis her galt das Jahr 1908 als dasjenige, welches unserem Verband die lebhafteste Lohnbewegung gebracht hat; unsere Streitsstatistik weist aus, daß in jenem Jahre 75 890 Kollegen an Lohnkämpfen beteiligt waren. Diese Zahl ist aber im Jahre 1910 schon stark überschritten. Sobald sich blauer übersehen läßt, wird die Streitsstatistik von weit über 80 000 Kollegen berichten können, die im Jahre 1910 an Lohnkämpfen beteiligt waren. Die Sorge der Verbandsmitglieder, die befürchteten, daß die Angriffnahme unserer Tarifpolitik eine Einschränkung der Lohnkämpfe zur Folge haben würde, hat sich also als durchaus unbegründet erwiesen.

Die außerordentlich lebhafte Lohnbewegung des Jahres 1910 hat aber ganz natürliche Ursachen. Die Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches bewirkt eine fortwährende Preissteigerung für alle Lebensbedürfnisse. Zu den Schädigungen, die der neue Zolltarif der arbeitenden Bevölkerung gebracht hat, kam im vorigen Jahre die sogenannte Finanzreform mit ihren neuen Lasten. Waren schon bei der Beschlusssitzung über die neuen Steuern die Vertreter der Bevölkerungsklassen, welche die Hölle der Gesetzgebung in Händen haben, insbesondere also das Konservatuum, darauf bedacht, die Lasten von sich abzuwälzen, so wurde dieser Abwälzungssprozeß von den Kreisen, die durch die neuen Steuern direkt betroffen wurden, erfolgreich weitergeführt. Die Gesetzgebung hat der allgemeinen Verbesserung der Lebenshaltung Rechnung getragen, indem sie die Gehälter der Beamten erhöhte. Am besten ist hierbei der König von Preußen gefahren, dem mit Rücksicht auf die Teuerung eine jährliche Gehaltszulage von 3½ Millionen gewährt wurde. Die Arbeiterschaft erfreut sich einer solchen Fürsorge nicht. Wenn alle Kreise die sie treffenden Lasten von sich abwälzen, dann sind die Arbeiter die letzten, welche nach dem Sprichwort von den Hunden gebissen werden.

Für die Arbeiter hat man nichts als den guten Mal, zufrieden zu sein und sich geduldig in das Unabänderliche zu schicken. Aber wir danken für solche Maßnahmen, sie machen uns nicht satt. Wir fordern, was man uns vorenthält, und schreien nicht darüber zurück, uns das im Kampf zu erobern, was man uns aktivistisch nicht gewährt will. Hat die schwere Wirtschaftslage unsere Kollegen gezwungen, trotz der schlimmen Notlage mit ihren Forderungen zurechtzuhalten, so mußte die bessere Konjunktur, die das Jahr 1910 im allgemeinen gebracht hat, um so gründlicher ausgenutzt werden, um das Versäumte nachzuholen. Daher erklärt es sich, daß wir in allen Gauen und auch wohl in allen im Verband vertretenen Branchen eine so außerordentlich umfangreiche Lohnbewegung hatten. Die Kämpfe haben zum Teil recht erhebliche Opfer erfordert, aber es wurden auch ganz beträchtliche Erfolge erzielt, so daß, wenn die Streitsstatistik abgeschlossen ist, das Ergebnis der Lohnkämpfe den Errungenschaften früherer Jahre getrost an die Seite gestellt werden kann.

Die Kampagne des Jahres 1910 ist, wenn auch einige Kämpfe zurzeit noch schwelen, in der Hauptsache beendet. Aber schon werden die Vorbereitungen für die Bewegung des Jahres 1911 getroffen. Die Tarifverträge, die im Februar 1911 ablaufen, sind gelündigt, und die Verhandlungen über Ihre Erneuerung dürfen demnächst beginnen. Daß eine durchgreifende Verbesserung der Arbeitsbedingungen durchaus notwendig ist, werden auch unsere Gegner nicht bestreiten können, unsere Kollegen aber sind entschlossen, ihre Forderungen nachdrücklich zu vertreten. Ob es dabei zum Kampf kommt oder ob eine friedliche Verständigung möglich ist, wird von der Einsicht der Unternehmer abhängen.

Es gehört keine besondere Weisheit dazu, vorauszusagen, daß außer dem Tarifkampf der Februarstädte das nächste Jahr noch weitere Lohnbewegungen bringen wird, und zwar um so mehr, je besser sich die Wirtschaftslage gestaltet. Ob uns diese günstig sein wird, bleibt abzuwarten; jedenfalls aber gilt es, rechtzeitig zu rüsten. Auch die beste Konjunktur müssen wir ungenügt verstreichen lassen, wenn der Ausbau der Organisation vernachlässigt worden ist. Die Mühschau auf die verlorenen wie der Ausblick auf die zukünftigen Kämpfe führen in gleichem Maße ungewöhnlich.

zu dem Schluß: Nur eine fleißige Agitation für den Verband schafft die Voraussetzung für unseren Erfolg. Je stärker die Organisation, desto größer die Vorteile, und desto leichter werden sie errungen.

## Die deutsche Berufs- und Gewerbezählung 1907 und die Holzindustrie.

X.

u. Nachdem wir die Verteilung des in Gewerbebetrieben tätigen Personals in den einzelnen Gewerbe Gruppen nach ihrer Betriebsstellung wiedergegeben haben, wollen wir uns jetzt lediglich den Zahlen der Holzberufe zuwenden. Aus den bereits früher erwähnten Gründen können wir uns dabei nicht auf die statistische Gruppe „Holz- und Schnittstoffe“ beschränken, sondern wählen diejenigen Holzberufe aus, die in unserem Verband vertreten sind. Es betreffen die Zahlen der Betriebsleiter, Kaufmännischen und technischen Angestellten, Arbeiter und Familienangehörigen der Betriebsleiter bei der Zählung 1907:

Berufe	Betriebsleiter	Angestellte		Gehälter	Anzahl	Anteil
		Techn. Angest.	Arbeiter			
Holzjurist. u. Kons.	7842	4221	8598	104274	1714	121544
Glatte Holzwaren	119307	7184	7521	806740	7472	448327
hier. Möbelstischl.	20897	8524	8598	119015	1866	151787
Bauftischl.	12713	780	1249	50643	718	68054
Werkstattfabrik.	19089	402	224	16048	5988	41281
Dreh- und Schnitzw.	15535	1798	1058	42010	2584	32080
hier. Drechsler	19018	1278	807	88221	1655	49917
Kammacher	408	180	69	2880	52	8824
Wurstkammacher	5400	1181	518	18750	1009	26938
Stock u. Schriftfab.	2201	1009	182	8851	520	12558
Mühlenbau	1265	104	201	8026	60	5405
Stellm. u. Wagenbau	89109	2648	8892	118680	2708	165862
Wuflininst. Fabrik.	6982	1609	984	98740	570	48847
Chirurg. Instrum.	1188	755	885	7282	100	9670
Glaser	10788	298	214	18111	797	26158

Die Bedeutung dieser Zahlen wird uns klar, wenn wir im Vergleich der beiden Zählungen von 1895 und 1907 das Verhältnis zwischen Betriebsinhabern, Angestellten und Arbeitern in Prozentziffern ausdrücken. Es kamen auf je 100 in Gewerbebetrieben Tätige:

Berufe	1895:		1907:	
	Angest.	Inhaber	Angest.	Inhaber
Holzjuristur	8,4	2,8	2,0	85,8
Glatte Holzwaren	80,8	0,7	0,6	01,8
hier. Möbelstischlerei	80,9	0,6	0,8	01,4
Bauftischlerei usw.	58,9	0,6	0,2	85,9
Norbmacher	98,0	1,9	0,9	81,5
Dreh- u. Schnitzwaren	49,2	0,7	0,8	48,6
hier. Drechsler	82,4	8,4	0,7	54,8
Kammacher	26,0	2,7	1,0	87,8
Wurstkammacher	28,2	6,0	0,9	87,1
Stock- u. Schriftfabrik.	88,8	1,2	1,7	66,8
Mühlenbau	85,5	1,0	1,1	01,9
Wuflininst. Fabrikation	21,9	1,8	1,8	70,8
Chir. Instr. Fabrikat.	88,2	8,6	1,8	85,0
Glaser	52,7	0,4	0,2	45,8

Der Anteil der Betriebsleiter ist danach in allen Branchen erheblich ausübungsgangen, besonders in der Bau- und Möbelstischlerei, Drechsler, Kammacher und in der Fabrikation chirurgischer Instrumente. Der Anteil der kaufmännischen Angestellten ist ebenso wie der der technischen Angestellten gestiegen. Vor allem aber hat sich der Anteil der Arbeiter gesteigert, so bei der Kammacher um 26,4 Proz., bei der Fabrikation chirurgischer Instrumente um 19,5 Proz., bei der Bau- und Möbelstischlerei um 16,4 Proz., bei der Drechsler um 15,8 Proz. usw. Im Jahre 1895 entfielen auf einen Betriebsleiter der Bau- und Möbelstischlerei 1,66 Arbeiter, 1907 dagegen 4,16 Arbeiter. Selbst in der Norbmacher, die 1895 noch 1,61 Unternehmer auf 1 Arbeiter zählte, kamen 1907 nur noch 1,29 Unternehmer auf 1 Arbeiter. Die Konzentration der Betriebe ist also eine offensichtliche.

Zimmerhin ist das ganze Gepräge dieser Industriegruppe mit Ausnahme der Holzjuristur noch in starkem Maße ungewöhnlich.

Das zeigt uns die Verteilung der Arbeitersmassen auf die einzelnen Betriebsgrößen, die die folgende Tabelle veranschaulicht.

Berufe	Zahl der Arbeiter in den Betrieben mit Pers.						
	bis 3	4—5	6—10	11—50	51—200	201—1000	über 1000
Holzurichtung	8877	5584	11880	45587	26709	6188	—
Glastischholzwaren	57055	8080	48901	87987	62272	17844	—
spez. Möbeltrischl.	9710	11828	16258	87251	35098	9775	—
Bautischl.	6108	9425	11047	18787	4088	208	—
Korbmacherei	4845	1879	1780	8445	1972	1489	—
Dreh- u. Schnitzl.	5022	3128	4410	12048	9500	5710	1559
spez. Drehstierei	4802	2086	8507	8275	7415	4757	1559
Kammacherei	68	58	157	1101	988	288	—
Ölfleimmacherei	1828	811	1540	5056	6017	8408	—
Stock- u. Schirmf.	508	290	810	2071	2828	1935	—
Mühlensbau	481	259	808	744	650	1210	—
Stellm. Wagenb.	22708	5595	4018	9085	12876	88812	24118
Musikinstr.-Fabr.	1572	1025	2822	10428	12260	8808	—
Chir. Instr.-Fabr.	1005	840	616	2822	2804	1270	—
Glaserei	5090	2818	2720	2158	880	—	—

So überaus interessant es wäre, durch die Wiedergabe der Verhältnisziffern der Zählungen von 1895 und 1907 zu zeigen, in welchem Maße sich die Größenverhältnisse der Betriebe seit 1895 verschoben haben, so fürchten wir doch, die Leser mit diesem Bahnenmaterial zu ermüden und wollen uns deshalb hier auf die notwendigsten tatsächlichen Darstellungen beschränken. Der Vergleich wird auch dadurch erschwert, daß die 1895er Gewerbezählung nur drei Betriebsgrößen (bis 5, 6—20 und 21 und mehr Personen) unterschied.

In der Holzurichtung und -konservierung überwiegt der Mittelbetrieb und Großbetrieb. Von 104 274 Arbeitern sind nur 25 841 = 24,7 Proz. in Kleinbetrieben (bis zu 10 Personen) beschäftigt, dagegen 45 537 = 43,6 Proz. in Mittelbetrieben (11 bis 50 Personen) und 32 896 = 31,7 Proz. in Großbetrieben (über 50 Personen).

In der Erzeugung glatter Holzwaren ist der Kleinbetrieb noch vorherrschend. Von 306 749 Arbeitern entfallen 138 846 = 45,2 Proz. auf Kleinbetriebe, 87 987 = 28,7 Proz. auf Mittel- und nur 70 916 = 26,1 Proz. auf Großbetriebe. Die größte Branche aus dieser Gruppe ist die Möbeltrischlerei mit 119 915 Arbeitern, von denen 37 701 = 31,5 Proz. auf Kleinbetriebe, 37 251 = 31,0 Proz. auf Mittel- und 44 873 = 37,5 Proz. auf Großbetriebe kommen. Hier hat sich der Großbetrieb mehr auf Kosten des Mittelbetriebs als auf die des Kleinbetriebs entwickelt. Müßständiger zeigen sich die Verhältnisse in der Kammacherei und Parkettfabrikation, wo von 50 648 Arbeitern 26 665 = 52,7 Proz. in Kleinbetrieben, 18 787 = 37,1 Proz. in Mittel- und nur 5191 = 10,2 Proz. in Großbetrieben tätig sind. Die Korbmacherei ist das typische Gewerbe des Kleinbetriebs. Von 15 048 Arbeitern wurden 8148 = 54,1 Proz. in Kleinbetrieben, 8445 = 22,0 Proz. in Mittel- und 8455 = 23,0 Proz. in Großbetrieben gezählt.

Von der Gruppe "Dreh- und Schnitzwaren" mit 42 019 Arbeitern beschäftigten die Kleinbetriebe 12 566 = 29,9 Proz., die Mittelbetriebe 12 048 = 28,7 Proz. und

die Großbetriebe 15 216 = 41,4 Proz. Hier hat der Großbetrieb schon einen recht starken Vorsprung erreicht, wofür namentlich die Drechslerei maßgebend ist, die einzige Holzbranche außer dem Wagenbau, die einen Großbetrieb mit mehr als 1000 Personen aufweist. In der Drechslerei kommen von 83 221 Arbeitern 10 485 = 81,6 Proz. auf Kleinbetriebe, 8275 = 24,0 Proz. auf Mittel- und 13 731 = 48,5 Proz. auf Großbetriebe. Auch die Kammacherei ist überwiegend in die Hände des Mittel- und Großbetriebs übergegangen. Von 2080 Arbeitern hat der Kleinbetrieb nur noch 278 = 10,5 Proz. der Mittelbetrieb 1101 = 41,8 Proz. und der Großbetrieb 1251 = 47,7 Proz. Dehnlich liegen die Verhältnisse bereits in der Wurst- und Pinselindustrie, in der von 18 760 Arbeitern nur 3074 = 19,8 Proz. in Kleinbetrieben, 5556 = 80,1 Proz. in Mittel- und 9420 = 50,8 Proz. in Großbetrieben festgestellt wurden. Auch die Stock- und Schirmfertigung. Von 8551 Arbeitern kamen hier 1417 = 16,5 Proz. auf Kleinbetriebe, 2971 = 84,7 Proz. auf Mittel- und 4168 = 48,8 Proz. auf Großbetriebe.

Im Mühlensbau handelt es sich vorwiegend um Mittel- und Großbetriebe. Die ersten umfassen 744 = 20,7 Proz., die letzteren 1769 = 49,1 Proz. von den 8826 beschäftigten Arbeitern; dem Kleinbetrieb verbleiben nur 1108 = 80,2 Prozent. In der Stellmacherei und im Wagenbau machen sich Kleinbetrieb und Großbetrieb das Terrain streitig. Der erstere verfügt noch über ein Heer von 82 819 Arbeitern, das sind 27,7 Proz. der gesamten 116 860 Arbeiter. Im Großbetrieb sind 75 406 = 84,6 Proz. tätig, dem Mittelbetrieb verbleiben nur 9085 = 7,7 Proz. Das Kleingewerbe hat an der Landwirtschaft, die die Betriebszerrspaltung begünstigt, noch einen starken Rückhalt; indes zeigt sich hier bereits ein recht erhebliches Vorbringen der Großindustrie, wie ein Blick auf die Zahl der Arbeiter in Betrieben mit über 1000 Personen erkennen läßt.

In der Musikinstrumentenfabrikation hat der Kleinbetrieb nur noch ein enges Gebiet. Von 86 740 Arbeitern kommen 20 868 = 56,8 Proz. auf Großbetriebe und 10 428 = 28,2 Proz. auf Mittel-, dagegen nur 4449 = 15 Proz. auf Kleinbetriebe. Auch die Fabrikation chirurgischer Instrumente zeigt fast das gleiche Bild. Von 7232 Arbeitern entfallen nur 2051 = 28,4 Proz. auf Kleinbetriebe, 2322 = 82,2 Proz. auf Mittel- und 3588 = 89,4 Proz. auf Großbetriebe. In der Glaserie endlich überwiegt noch heute der Kleinbetrieb. Von 13 111 Arbeitern absorbiert er allein 10 628 = 81,0 Proz., der Mittelbetrieb hat hier nur 2153 = 16,4 Proz., der Großbetrieb gar bloß 330 = 2,6 Proz.

Großindustrielles Gepräge zeigen also der Wagenbau, die Musikinstrumenten-, Wurst- und Pinselfabrikation, der Mühlensbau, die Stock- und Schirmindustrie, Kammacherei und Drechslerie. In diesen Branchen vereinigt der Großbetrieb  $\frac{1}{2}$  bis  $\frac{2}{3}$  der gesamten Arbeiter.

Das Kleingewerbe ist vorherrschend in der Glaserei, Korbmacherei, Bau- und Möbeltrischlerei und in der Gruppe der Erzeugung glatter Holzwaren. In diesen Berufen sind  $\frac{1}{2}$  bis  $\frac{3}{4}$  aller Arbeiter in Kleinbetrieben beschäftigt. In der Holzurichtung und Kammacherei dominiert endlich noch der Mittelbetrieb.

Die Arbeit beginnt von neuem. In der Stunde werden bis 600 Späne abgestoßen.

Das Schruppen ist fertig und es beginnt die Zusammenleberei der Hästen. Alles hilft bis spät in die Nacht hinein. Es muß guter Leim verwendet werden, 60 bis 70 Pf. der Rentier. Glühend heiß war der Tag und trotzdem noch Feuer in der Stube, weil der Leim warm bleiben muß beim Angehen. Wie überall ist der Arbeitsraum auch Wohnstube.

Die fertigen Hästen werden mit dem Tragkorb oder mit Fuhrwerk nach Sonneberg, Coburg und Judenbach geliefert. Sechs Kaufleute waren es bisher, welche sie abnahmen. Weit hinaus, ins Ausland und an die großen Spielwarenzentralen gehen die Hästen.

Der Körpersgeist unter diesen Schnitzern ist nicht gerade der schlechteste. Schon vor mehreren Jahren hatten die Kollegen versucht, die Preise durch ein gemeinsames Vorgehen zu regeln. Damals war auch eine Aufbesserung erreicht, weil aber der Zusammenschluß nicht hochgehalten wurde, fielen auch wieder die Preise. Den wirtschaftlich Schwächeren wurden im sogenannten "hungriegen Schnitzervierteljahr", der Zeit nach Weihnachten, billigere Löhne angeboten, und leider wurde auch dafür gearbeitet. Nach diesen Erfahrungen fahrt der Organisationsgedanke nur schwer Wurzel. Dank den Mühen einiger Kollegen, die erkannt hatten, daß ihnen nur eine große leistungsfähige Organisation helfen kann, sind jetzt bei nahe alle Kollegen Mitglieder unseres Verbandes.

Die Hilfe der Organisation gelang es auch nach langer Zeit, Verbesserungen der sehr niedrigen Preise um 10 Proz. zu erreichen. Der Preis für einen Hästken mit einfacher Einrichtung, meist für acht Farben, beträgt um nur einige von den vielen Größen zu nennen, bei einer Länge von 16,7 Centimeter, Breite 7 Centimeter, gebeizt 1,78 Pf. oder das Gros 2,50 Ml. einschließlich Bilaten. Ein anderer 23,6 Centimeter lang, 18 Centimeter breit, das Gros 6,50 Ml. Polierte Hästen sind etwas besser bezahlt.

Der Lohn des Schnitzers beträgt nach Abzug der Zutaten, Holz, Leim, Beize, Transport des Holzes und der fertigen Hästen, Abnutzung von Werkzeug, etwa 10 bis 12 Pf. pro Woche. Würden nicht, wie auf all den Dörfern, die Kollegen nebenbei noch etwas Landwirtschaft betreiben, es wäre nicht möglich, zu leben. Mögen die Neuenbauer Obacht geben, daß sie nicht wieder in die frühere Gleichgültigkeit verfallen. Sie haben nun gesehen, was der Verband nützen kann.

Diese Betriebszählungsgergebnisse geben sicherlich noch kein völlig getreues Bild der Wirklichkeit, denn Tausende von Kleinbetrieben sind nichts anderes, als Hilfsbetriebe der Großindustrie. Aber unsere Kollegen werden daraus leicht ersehen, in welchen Berufen die industrielle Entwicklung der Organisierung der Arbeiter am wirksamsten vorgearbeitet hat, und sie werden diese Erfahrungen bei ihrer Verbandsarbeit verwerten können.

## Die Reichsversicherungsordnung nach den Beschlüssen der ersten Lesung in der Reichstagssession.

gl. In Nr. 81 der "Holzarbeiter-Zeitung" sind die Arbeiten der Reichsversicherungsordnungskommission bis zum Beginn der Sommerpause besprochen worden. Sie bezogen sich auf die zwei ersten Bücher des Entwurfs: gemeinsame Vorschriften und Krankenversicherung. Inzwischen hat die Kommission auch die vier anderen Bücher des Entwurfs: Unfallversicherung, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, Beziehungen der Versicherungsträger zueinander und zu anderen Verpflichteten und Verfahren, in erster Lesung durchberaten — leider nicht mit einem besseren Ergebnis für die Arbeiter, als in bezug auf die beiden ersten Bücher des Entwurfs festzustellen war.

Bei der Unfallversicherung handelte es sich ganz besonders um drei wichtige Gruppen von Forderungen im Interesse der Arbeiter. zunächst mußte verlangt werden, daß alle Arbeiter gegen die wirtschaftlichen Schäden infolge der Betriebsunfälle versichert werden. So selbstverständlich diese Forderung ist, sträubt sich doch die bürgerlichen Parteien deshalb aufs äußerste dagegen, weil die Organisation der Berufsgenossenschaften höchstens nur für die Großbetriebe, nicht aber auch für die Kleinbetriebe paßt. In den Berufsgenossenschaften herrschen bekanntlich einige wenige Großunternehmer. Die Arbeiter sowohl wie auch die Kleinunternehmer haben dort gar nicht mitzurechnen. Je mehr Kleinunternehmer aber mit ihren Betrieben in die Unfallversicherung einbezogen werden, um so schärfer tritt die Rechtslosigkeit der Kleinunternehmer in den Berufsgenossenschaften hervor, um so größer muß auch die Unzufriedenheit der Kleinunternehmer mit diesem "Rechtsverhältnis" werden. Auf der anderen Seite denken die Großunternehmer gar nicht daran, auf die Alleinherrschaft in den Berufsgenossenschaften zu verzichten. Das Ende vom Bilde war dann auch, daß nur einige wenige weitere Gruppen von Arbeitern dem Versicherungszwange unterstellt wurden, so daß noch viele Arbeiter in Kleinbetrieben von der Versicherung ausgeschlossen blieben.

Nicht viel besser kam es bei der zweiten Gruppe der Forderungen, die eine Beteiligung der Arbeiter an der Leitung der Berufsgenossenschaften erforderte. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission wiesen eingehend nach, wie wichtig es für die Arbeiter sein muß, daß sie durch ihre Vertreter im Vorstande der Berufsgenossenschaften für eine möglichst arbeiterfreundliche Durchführung der Unfallversicherung eintreten können. Alle bürgerlichen Parteien jedoch erklärten es für ein ganz

## Die Farbläsfemacher in Neuenbau.

lg. Hört man das Wort Thüringen, dann denkt man an Berge und anmutige Täler, an Wald und frische Luft, an Freude und Genuss. Das Bild hat aber auch eine andere Seite, die wir zeigen wollen. Der Holzreichtum des Thüringer Waldes und seine genügsame Bevölkerung hat eine lebhafte Industrie entstehen lassen; überall trifft man Holzarbeiter und Porzellainer. Heimarbeiter sind es meist, die in der Hauptsache Spielwaren produzieren. Von den verschiedensten Spezialisten auf diesem Gebiet soll uns heute einer beschäftigen, der Farbläsfemacher.

Tüchtig ging es bergan, als wir von der bahnerischen Station Rothenkirchen nach Sattelpaß fuhren. Langsam troch die Bahn das schöne Tal entlang. Eine halbe Stunde zu Fuß, wiederum scharf bergan brachte uns in das meinige Dorf Neuenbau, welches neben Steinach in der Hauptsache diese Farblästen anfertigt. Steinach fertigt auch noch Griffelfästen. Einzelne liegen die Häuser, lang auseinandergezogen, beinahe dreiviertel Stunden lang, ist das Dorf, das mit seinen schiefen gebrochenen Häuschen einen düsteren Eindruck macht. In jedem dieser Häuschen, welches ein bis drei Familien beherbergt, herrscht die Hausindustrie. Den so oft beschriebenen Schäden und Mängeln der Hausindustrie begegnet man auch hier.

Der Schnitzer, wie sich der Kastennmacher nennt, muß sich zu einer Arbeit alles kaufen. Der größte Holzhändler ist hier der meingerige Staat. Auf den Auktionen muß des Holz erstanden werden. Zwei, drei der nächsten Dörfer kommen zusammen, und dann geht sehr zum Schaden des einzelnen ein Bieten los, wobei die an sich schon hohe Laxe um ein Viertel oder die Hälfte überboten wird. Gutes Schnitzholz wird immer teurer und knapper. Der arme Heimarbeiter muß es aber zahlen, und zwar hart. Grüben im Sonneberger Hinterland, in Hämtern, haben die Schnitzer eine Holzeinkaufsgenossenschaft gegründet, welche Auktion stellen und das Holz vor der Auktion erwerben kann, um es nachher unter den Mitgliedern zu verteilen. Auch in Neuenbau hatte man schon eine solche Genossenschaft, welche aber wieder einging.

Ist das Holz an Ort und Stelle eingefahren, wird der runde Stamm in die brauchbaren Längen geschnitten und mit der Art gespalten. In der Hauptsache, um die natürliche Konstruktion des Holzes zu sehen. Auch nicht das kleinste Teilstück kann Verwendung finden. Die Färze der Häuschen wird auf der Kreissäge geschnitten. Am Dorf hat der Schule einen Motor gebaut, auf

die Arbeit beginnt von neuem. In der Stunde werden bis 600 Späne abgestoßen. Das Schruppen ist fertig und es beginnt die Zusammenleberei der Hästen. Alles hilft bis spät in die Nacht hinein. Es muß guter Leim verwendet werden, 60 bis 70 Pf. der Rentier. Glühend heiß war der Tag und trotzdem noch Feuer in der Stube, weil der Leim warm bleiben muß beim Angehen. Wie überall ist der Arbeitsraum auch Wohnstube.

Die fertigen Hästen werden mit dem Tragkorb oder mit Fuhrwerk nach Sonneberg, Coburg und Judenbach geliefert. Sechs Kaufleute waren es bisher, welche sie abnahmen. Weit hinaus, ins Ausland und an die großen Spielwarenzentralen gehen die Hästen.

Der Körpersgeist unter diesen Schnitzern ist nicht gerade der schlechteste. Schon vor mehreren Jahren hatten die Kollegen versucht, die Preise durch ein gemeinsames Vorgehen zu regeln. Damals war auch eine Aufbesserung erreicht, weil aber der Zusammenschluß nicht hochgehalten wurde, fielen auch wieder die Preise. Den wirtschaftlich Schwächeren wurden im sogenannten "hungriegen Schnitzervierteljahr", der Zeit nach Weihnachten, billigere Löhne angeboten, und leider wurde auch dafür gearbeitet. Nach diesen Erfahrungen fahrt der Organisationsgedanke nur schwer Wurzel. Dank den Mühen einiger Kollegen, die erkannt hatten, daß ihnen nur eine große leistungsfähige Organisation helfen kann, sind jetzt bei nahe alle Kollegen Mitglieder unseres Verbandes.

Die Hilfe der Organisation gelang es auch nach langer Zeit, Verbesserungen der sehr niedrigen Preise um 10 Proz. zu erreichen. Der Preis für einen Hästken mit einfacher Einrichtung, meist für acht Farben, beträgt um nur einige von den vielen Größen zu nennen, bei einer Länge von 16,7 Centimeter, Breite 7 Centimeter, gebeizt 1,78 Pf. oder das Gros 2,50 Ml. einschließlich Bilaten. Ein anderer 23,6 Centimeter lang, 18 Centimeter breit, das Gros 6,50 Ml. Polierte Hästen sind etwas besser bezahlt.

Der Lohn des Schnitzers beträgt nach Abzug der Zutaten, Holz, Leim, Beize, Transport des Holzes und der fertigen Hästen, Abnutzung von Werkzeug, etwa 10 bis 12 Pf. pro Woche. Würden nicht, wie auf all den Dörfern, die Kollegen nebenbei noch etwas Landwirtschaft betreiben, es wäre nicht möglich, zu leben. Mögen die Neuenbauer Obacht geben, daß sie nicht wieder in die frühere Gleichgültigkeit verfallen. Sie haben nun gesehen, was der Verband nützen kann.

## Warnung vor Zugang!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zentralstelle verwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zugang ist fernzuhalten von:

Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Bremen i. Westf. (Döppenhaus), Delmenhorst (Wagenfabrik Löwes), Einbeck, Eisenberg (Eisenschmiede), Einsteinerwalde (Th. Schüle), Freiberg i. Sachsen (Wohlfahrt Gustav Heinrich), Hameln (Norddeutsche Automobilfabrik), Herford (Landwirtschaftliche Maschinenfabrik Nicolaus u. Gutenberg), Kaiserstraße (Edel), Kleinenbroich, Mölln in Lauenburg (Maddohls, Freese), Mülhausen i. G., Neu-Isenburg (Wittich), Paderborn, Radeberg, Mastatt, Segeberg, Stolp in Pommern, Stuttgart (Montormöbelfabrik Eberhard Feuer).

Klavierarbeitern nach Vorna b. Leipzig, Braunschweig (Becker u. Wintelmann), Heilbronn, Viegnitz, Bielefeld (Feld, Klavierbaustofffabrik), Modellschmieden nach Neumühlchen b. Auel (Anschütt u. Co.), Bülich (Wiederkehr u. Schneller).

Stahlbauern nach Br.-Holland, Nordmähren nach Meiningen in der Schweiz, Drechsler nach Stolp i. Pom., Neupaka i. Böhmen, Knopfmachern nach Frankenhause.

Pantinenmachern nach Kellinghusen, Stellmachern und Wagenbauern nach Delmenhorst, Stellmachern nach Mastatt, Schötmar.

selbstverständliches Herrenrecht der Unternehmer, daß die Unternehmer allein das Reglement in den Berufsgenossenschaften führen. Demgemäß lehnten die bürgerlichen Parteien fast alle Anträge der Sozialdemokraten ab.

Nicht einmal an der Unfallverhütung wollten sie die Arbeiter mit den gleichen Rechten wie die Unternehmer mitarbeiten lassen. Jedoch gelang es hier den Sozialdemokraten, wenigstens mit der Forderung durchzudringen, daß in jedem Jahre der Vorstand der Berufsgenossenschaft unter Mitwirkung der gewählten Arbeitervertreter zu den Berichten der technischen Aufsichtsbeamten Stellung nehmen und die Maßnahmen aufrufen müßt, die zur Verbesserung der Unfallverhütungsvorschriften geboten erscheinen. Aufgabe der Gewerkschaften wird es sein, dafür zu sorgen, daß die Arbeiter für diese Mitarbeit an der Unfallverhütung möglichst tüchtige Vertreter wählen und daß diese dann auch wirklich die notwendigen Verbesserungsvorschläge machen. Hierauf wird noch später, wenn das neue Gesetz in Kraft getreten ist, zurückzukommen sein.

Mit der letzten Gruppe der Forderungen bezweckten die Sozialdemokraten eine zeitgemäße Verbesserung der Leistungen für die verunglückten Arbeiter oder deren Hinterbliebene. Nach den geltenden Gesetzen wird den Geschädigten bei weitem nicht der ganze Schaden erspart. Leider ist es den Sozialdemokraten auch bei der jetzigen Reform nicht gelungen, diese Ungerechtigkeit zu beseitigen. Beilebt es sich doch auch bei dieser Gelegenheit, daß die bürgerlichen Parteien in erster Linie darauf bedacht sind, die Arbeiterversicherung möglichst ungefährlich für den Profit der Unternehmer zu machen — selbstverständlich zum schweren Schaden armer aufgearbeiteter Arbeiter und deren Hinterbliebenen.

Hieraus erklärt sich auch, daß selbst die ganz ungenügenden Invaliden- und Hinterbliebenenrenten im nächsten Buche des Entwurfs nicht erhöht wurden. Nur in einem einzigen Punkte ist eine — wenn auch geringfügige — Verbesserung erzielt worden. Wenn nämlich der Empfänger einer Invalidenrente Kinder unter fünfzehn Jahren hat, so erhöht sich die Invalidenrente für jedes Kind um ein Zehntel, bis zu dem höchsten anderthalbzig Betrage. Dagegen bleibt es bei den 30 bis 40 Pf. pro Tag als Rente für eine ganz arbeitsunfähige Witwe und bei den 10 bis 17 Pf. pro Tag als Rente für die Witwen der Arbeiter.

Sehr bedauerlich ist es, daß bei der Unfallversicherung auch die Anträge der Sozialdemokraten auf Entschädigung für die Unfälle auf dem Wege zu und von der Arbeit sowie für die Gewerbetrankheiten abgelehnt worden sind. In der zweiten Lesung, das sei hinzugefügt, ist ein Beihilfungsantrag des Rentnerven angenommen, der es dem Bundesrat überläßt, zu bestimmen, ob und auf welche Gewerbetrankheiten die Versicherung ausgedehnt wird.

Wichtiger sind die Beschlüsse der Kommission zum letzten Buche des Entwurfs. In der Vorlage waren die Versicherungsämter die erste Berufungsinstanz für die Streitsachen der Kranken- und Unfallversicherung, die Oberversicherungsämter die erste Berufungsinstanz für die Invalidenversicherung und die zweite Berufungsinstanz für die Kranken- und Unfallversicherung, und das Reichsversicherungsamt war die Revisionsinstanz für die gesamte Arbeiterversicherung. Bei einer Berufung hat das höhere Gericht die ganze Streitfrage noch einmal selbstständig zu prüfen und nach dem Ergebnis der neuen Beweiserhebung die Sache zu entscheiden. Eine Revision ist dagegen nur dann zulässig, wenn das angefochtene Urteil auf der Nichtanwendung oder auf der unrichtigen Anwendung des bestehenden Rechtes oder auf einem Verstoß wider den

Rechthabern beruht oder wenn das Verfahren an wesentlichen Mängeln leidet.

Die Kommission hat dagegen das Reichsversicherungsamt als Berufungsinstanz für Unfallversicherungssachen wiederhergestellt. Ebenso hat sie den Versicherungsämtern die Aufgabe, die Berufungen in Unfallversicherungssachen zu entscheiden, abgenommen. Wie nach dem geltenden Gesetz diese Berufungen gleich an die Schiedsgerichte gehen, so sollen sie nach dem neuen Gesetz an die Oberversicherungsämter gerichtet werden.

Außerdem aber gelang es den Sozialdemokraten, einige Verbesserungen des Verfahrens durchzusehen. Dies gilt namentlich für die ärztlichen Gutachten. Vor dem Erlass des Endbescheids soll der Verletzte das Recht auf ein Gutachten von dem Arzt haben, den er bezeichnet; unter gewissen Umständen muß er freilich die Kosten des Gutachtens tragen. Dasselbe Recht lehnten zwar die bürgerlichen Parteien für das weitere Verfahren ab, jedoch wurde den Oberversicherungsämtern und dem Reichsversicherungsamt das neue Recht gegeben, von dem vom Verletzten bezeichneten Arzt ein Gutachten auf Kosten des Verletzten einzuholen. Die Kommission ging dabei von der Annahme aus, daß die Oberversicherungsämter und das Reichsversicherungsamt von diesem neuen Rechte nur ausnahmsweise, nämlich nur dann keinen Gebrauch machen werden, wenn der Antragsteller selbst offenkundig über die Zwecklosigkeit des geforderten Gutachtens nicht im Zweifel ist und seinen Antrag nur zur Verschleppung der Sache gestellt hat.

Für den Fall, daß der Anspruch auf eine Invaliden- oder Hinterbliebenenrente abgelehnt wird, hat die Kommission infolge einer Anregung der Sozialdemokraten vorgeschrieben, daß von den Gutachten und Unterlagen, die für die Ablehnung maßgebend sind, auf Verlangen Abschriften beigegeben werden müssen, sofern dies mit Rücksicht auf den Rentenbewerber zulässig erscheint und falls er die Kosten vorher bezahlt.

Endlich haben die Sozialdemokraten angeregt, daß die Arbeiterselbstrederei der Gewerkschaften vor den Versicherungsbehörden die Arbeiter vertreten können. Die Kommission regelte diese Sache in folgender Weise. Die Arbeiterselbstrederei müssen von den Oberversicherungsämtern die Befugnis zu dieser Vertretung bekommen. Wird sie verweigert, dann entscheidet darüber endgültig die oberste Verwaltungsbehörde. Jedoch darf die Befugnis nicht verfragt werden aus Gründen, die sich auf die religiöse oder politische Belästigung des Antragstellers stützen.

Außerdem hat die Kommission selbstverständlich noch eine lange Reihe anderer Bestimmungen geändert, die von geringerer Bedeutung sind. Für die Beurteilung der Beschlüsse aber, die die Kommission in der ersten Lesung des Entwurfs gefasst hat, sind die angeführten wichtigsten Punkte maßgebend. Sie bestätigen das, was wir bereits in Nr. 81 der "Sozialarbeiter-Zeitung" festgestellt haben, daß nämlich die Arbeiterversicherungsgesetze in manchen Punkten verbessert worden sind, daß aber die Verbesserungen insgesamt durch die Schuld der bürgerlichen Mehrheitsparteien weit hinter dem zurückbleiben, was die Bedürfnisse der Arbeiter unbedingt erfordern.

## Soziales.

Die Moabit-Polizeikrawalle vor Gericht.

Seit etwa drei Wochen wird jetzt vor dem Berliner Landgericht gegen eine Anzahl Personen verhandelt, welche das Unglück hatten, bei den Krawallen, die in der letzten Septemberwoche in dem Berliner Stadtteil Moabit von der Polizei angezettelt wurden, unliebsame Bekanntschaft mit dem Polizeiaßel und den Stöcken und Gummiknüppeln nichtuniformierter Ordnungsbücher zu machen. Aus dem Prozeß sollte durchaus eine große Aktion gemacht werden. Die Schriftmacher hoffen nach Ausnahmegefechten gegen die organisierte Arbeiterschaft. Das Wachstum der Gewerkschaften wird ihnen unheimlich, und nun soll die Regierung durch Gewaltmaßnahmen den Fortschritt der Organisationen aufzuhalten. Der Regierung ist dieses Geschrei sehr angenehm. Einsteils, weil ihr der Plan, die Arbeiterschaft durch Ausnahmegefechte zu knebeln, an sich recht sympathisch ist, andererseits mit Rücksicht auf das Herannahen des Termins zu den Reichstagswahlen. Unter normalen Verhältnissen lassen diese für die Sozialdemokratie einen riesigen Erfolg, für die Regierung aber eine schwere Niederlage voraussehen. Gelänge es, die tiefgehende Unzufriedenheit, die das deutsche Volk ergriffen hat, von dem schwarz-blauen Regierungsbloß abzulenken, sie gegen die Arbeiterschaft, gegen die Sozialdemokratie zu richten, dann wäre damit schon viel gewonnen.

Diesem Zweck also sollte der Moabit-Krawallprozeß dienen. Durch ihn sollte der Nachweis erbracht werden, daß es sich bei den Vorfällen in Moabit um eine von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften angezettelte Probe für die große Revolution handelt. Dazu mußte der Prozeß sensationell aufgepeppt und eine recht strenge Strafung der Nebeltäter erzielt werden. Die Staatsanwaltschaft hat die große Aufgabe, die ihr gesetzt war, begriffen und das Gericht ist bereitwillig auf den Plan eingegangen. Mit großer Rücksichtlosigkeit wurde über eine Menge von Angeklagten die Untersuchungshaft verhängt, selbst über solche, die wegen Vergehen angeklagt sind, die das Gesetz nur mit geringfügigen Strafen bedroht. Dann brachte es die Geschicklichkeit des Staatsanwalts Siebenbrecht zuwege, daß alle Angeklagten vor eine Strafkammer kamen, die, wie einmal die des seligen Brauwerter, wegen der exorbitant hohen Strafen, die sie auswirkt, "berühmt" geworden ist.

Von Rechts wegen ist für die Zuständigkeit der einzelnen Strafkammern des Landgerichtes der Anfangsbuchstabe des Namens des Angeklagten maßgebend. Der Angeklagte Hagen gehört nach dieser Einteilung mit Recht vor die Kammer, welcher Herr Landgerichtsdirektor Lieber präsidiert. Nun wollte es, sagen wir einmal der Zugestand, daß die Untersuchung gegen besagten Hagen zuerst abgeschlossen wurde. Es wurde dann verfügt, daß alle Angeklagten miteinander verbunden werden. Die Massenanklage lautete nun offiziell gegen Hagen und Genossen und die Lieber-Kammer war zur Aburteilung zuständig. Dieser Trick, die Mehrzahl der Angeklagten ihrem zuständigen Richter zu entziehen, ist schon früher mit Erfolg angewendet worden, und die Sache klappte auch diesmal. Der Justizminister, der von den Verteidigern ersucht worden war, der Staatsanwalt zur Verteilung der Fälle anzuhören, antwortete ausweichend. Das Gericht schafft erklärte sich gegenüber dem Protest als zuständig, und als der Gerichtshof wegen Besorgnis der Gefangenheit abgelehnt wurde, wurde ihm bestätigt, daß diese Besorgnis durchaus unbegründet sei.

Dieses Vorspiel, welches eines dabei vorgekommenen Formfehlers wegen wiederholt werden mußte, nahm allein mehrere Tage in Anspruch. Dann erst begannen die eigentlichen Verhandlungen, bei welchen die Staatsanwaltschaft Muhs und Ehre zu ernten hoffte. Die Verteidigung hatte sich vergeblich bemüht, es durchzusehen, daß jeder einzelne Angeklagte von dem für ihn zuständigen Gericht abgeurteilt wird; der Staatsanwalt wollte einen großen politischen Prozeß. Motivierungen mußte die Verteidigung auf sein Verlangen eingehen, und sie tat es auch recht gründlich. Die Verhandlung, soweit sie bisher geführt wurde, hat sich zu einer verwickelten Niederlage der Polizei gestaltet. Es ist nachgewiesen, daß die Sache gestellt ist und seinen Antrag nur zur Verschleppung der Sache gestellt hat.

Dieses Vorspiel, welches eines dabei vorgekommenen Formfehlers wegen wiederholt werden mußte, nahm allein mehrere Tage in Anspruch. Dann erst begannen die eigentlichen Verhandlungen, bei welchen die Staatsanwaltschaft Muhs und Ehre zu ernten hoffte. Die Verteidigung hatte sich vergeblich bemüht, es durchzusehen, daß jeder einzelne Angeklagte von dem für ihn zuständigen Gericht abgeurteilt wird; der Staatsanwalt wollte einen großen politischen Prozeß. Motivierungen mußte die Verteidigung auf sein Verlangen eingehen, und sie tat es auch recht gründlich. Die Verhandlung, soweit sie bisher geführt wurde, hat sich zu einer verwickelten Niederlage der Polizei gestaltet. Es ist nachgewiesen, daß die Sache gestellt ist und seinen Antrag nur zur Verschleppung der Sache gestellt hat.

Die reaktionäre Presse, die sich darauf vorbereitet hatte, den Prozeß in ihrem Sinne auszuschlagen, schaut vor Wut. Gegen die Verteidigung wird von ihr der Vorwurf erhoben, daß sie es sei, die eine politische Tendenz in den Prozeß hineintrage, während doch gerade die Staatsanwaltschaft gegen den heftigen Widerstand der Verteidigung den Prozeß zu einem politischen Monsignoreprozeß gemacht hat. Wenn die Sache anders gegangen ist, als die Anklagebehörde wollte, und tatsächlich die Polizei auf der Anklagebank sitzt, so ist das allein der Rolle zu danken, welche die "Ordnungshüter" bei den Krawallen gespielt haben. Der Polizeipräsident v. Jagow hat ebenfalls das Empfinden, daß seine Sache verzweifelt steht. Um seine blamierten Untergebenen zu retten, erklärt er, ein noch nie dagewesener Vorgang, während der Dauer der gerichtlichen Verhandlung einen öffentlichen Aufruf, um neue Zeugen zu finden, die bereit sind, die Polizei herauszuhauen. Ob dieser Aufruf Erfolg hatte, ist noch nicht zu übersehen, denn gleich nach seinem Erscheinen beschloß das Gericht, die Zeugenvernehmung über den allgemeinen Teil der Anklage abzubrechen, die der Polizei so unangenehme Stunden gebracht hat, und sich der Erörterung der einzelnen Anklagefälle zuzuwenden. Ist auch dieser Teil des Prozesses weniger sensationell, so kann doch nicht behauptet werden, daß sich das Bild zugunsten der Polizei verschoben hätte.

Für die Stimmung, welche der Moabit-Prozeß in unabhängigen Kreisen auslöst, die der Zuneigung zur Sozialdemokratie ganz unverdächtig sind, ist ein Artikel des konserватiven Professors Delbrück in den "Preußischen Jahrbüchern" bezeichnend. Es heißt in diesem Artikel:

"Nach den Zeitungsberichten mußte man glauben, an den Fenstern der Reformationskirche wäre kaum eine Scheibe ganz geblieben; jetzt hat man glücklich zehn Löcher gezählt, von denen eins oder das andere auch alt gewesen sein kann."

Es ist eine Anzahl Schuhleute verletzt, und es ist viel schwerer Unfug verübt worden, der mit strengen Strafen zu ahnden ist. Aber die Lebhaftigkeit, deren man sich in den offiziösen Zeitungsberichten und auch noch in der Anklage schuldig gemacht hat, wirkt nun in der Stimmung des Publikums gegen die Hölter der Ordnung und augenfällig den Mandatierer.

Offenbar, um einen möglichst starken Eindruck zu erzielen, hat auch die Staatsanwaltschaft alle die Einzelheiten zu einer großen Aktion zusammengefaßt. Die Folge ist, daß eine Menge von Leuten, deren Schul-

mit einem oder nicht nachweisbar, oder die wirklich ganz unschuldig sind, nun diesen wochenlangen Prozeß mit durchmachen müssen und dadurch auch ohne Untersuchungshaft zu sitzen, doch einer schweren Freiheitsverraubung unterliegen. Wieviel besser und einfacher wäre es gewesen, die Minima von vornherein auszuschließen und besonders zu behandeln!

Einen ganz besonderen ungünstigen Grund hat es endlich gemacht, wie der Prozeß an eine bestimte Strafkammer mehr gelangt ist. Obgleich alle deutschen Richter nach demselben Strafgesetzbuch urteilen, so ist es doch unvermeidlich, daß in den verschiedenen Strafkammern ein recht verschiedener Geist walte. Die Staatsanwaltschaft weiß das, und es liegt nahe, daß sie unter Umständen wünscht, einen bestimmten Prozeß vor eine bestimmte Kammer zu bringen. Eine direkte Einwirkung hat sie darauf nicht, denn die Verteilung richtet sich nach dem Alphabet. Bei einer Strafsache aber, wo mehrere Angeklagte vorliegen, ist eine Vereinigung möglich, die bei derjenigen Kammer stattfinden wird, die zuerst mit der Sache beschäftigt ist, und der Zufall hat nun gewollt, daß die Voruntersuchung in dem vorliegenden Falle zuerst fertig wurde bei einem Angeklagten, dessen Name zu der Strafkammer führte, von der alle Gerichtskammern meinen, daß sie der Staatsanwaltschaft die Genehmigung gewesen sei. Welch eine schwere Schädigung des Ansehens unserer Justiz aber liegt darin, wenn die Staatsanwaltschaft einen reinen Zufall behauptet und in weitesten Kreisen man dieser Behauptung keinen Glauben schenken will! Es mag ja sein, daß der Vorsteher der dritten Kammer wirklich zur Leitung dieses Prozesses mehr geeignet ist als seine Kollegen; es mag sein, daß ein Zufall den Wünschen der Staatsanwaltschaft zu Hilfe gekommen ist, aber eine wirklich weitblickende und umsichtige Behörde sollte sich vor solchen Zufällen hüten wie vor der Pest, denn kein Gewinn, der bei einem einzelnen Prozeß herauskommt, kann den Machtteil aufwiegen, wenn das Vertrauen zu unparteiischer Anwendung der Gesetze erschüttert wird. Wenn ein Staatsanwalt, nur seinen Fall im Auge, das einmal vergibt, so ist es Sache des Justizministers, seine Untergebenen auf den höheren Gesichtspunkt immer wieder aufmerksam zu machen."

Das Ende des Magdeburger Krawallprozesses ist noch nicht abzusehen, er wird sich wohl noch einige Wochen lang hinziehen. Ob er dann wirklich zu einer Verurteilung einiger der Angeklagten führt, ist von untergeordneter Bedeutung. Entschieden ist der Prozeß jetzt schon. Material zur Begründung von Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiterschaft, wie die Väter der Anklage hofften, wird er nicht liefern. Dagegen hat er der schneidigen Polizei eine empfindliche Niederlage gebracht, die um so empfindlicher wird, je weiter die Verhandlung fortschreitet. Es heißt jetzt, daß Herr v. Jagow die Konsequenzen ziehen und den Posten des Polizeipräsidenten, auf dem er so gar keine Lorbeer erntet hat, verlassen will. Ob dieses Gericht sich bewahrheitet, kann dahingestellt bleiben, es ist auch bedeutungslos, denn sein Nachfolger wird den alten Faden weiterspinnen. Die Machthaber in Preußen-Deutschland sind unbelehrbar.

**Die Unterstützung der arbeitslosen Tabakarbeiter.** Bekanntlich hat der Reichstag in das neue Tabaksteuergesetz eine Bestimmung aufgenommen, nach welcher die durch dieses Gesetz arbeitslos werdenden Arbeiter eine Unterstützung erhalten. Dank dem Eingreifen des Beirats, welches in diesem Fall der Führung des "Arbeiter"-Abgeordneten Giesbert folgte, ist der Unterstützungsparagraph bedeutend verschlechtert worden, um die Annahme des die Arbeiter ungeheuer schädigenden Gesetzes überhaupt zu ermöglichen. Ammerhin wurde beschlossen, daß die infolge der Wirkung des Gesetzes arbeitslos werdenden Tabakarbeiter eine Unterstützung in Höhe von drei Vierteln des ihnen entgangenen Arbeitsverdienstes bis zu einem Zeitraum von zwei Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes, also bis zum 15. August 1911, erhalten sollen. Zu diesem Zweck warf der Reichstag eine Summe von 4 Millionen aus und später wurden noch 750 000 M. nachbewilligt. Aber wie vorauszusehen war, reichte der Betrag nicht aus.

Statt aber mit einer neuen Forderung an den Reichstag heranzutreten, betätigte die Regierung in diesem Fall, wo es sich um hungernde Arbeiter handelt, ihre "altpreußische Sparsamkeit", die sie in anderen Fällen, insbesondere, wenn der gefährliche Militarismus in Betracht kommt, stets vermissen läßt. Im Juli dieses Jahres veröffentlichte der Bundesrat neue "Grundsätze für die Gewährung von Beihilfen an Tabakarbeiter". Nach diesen Grundsätzen trat eine erhebliche Beschränkung des Unterstützungsbeitrages ein, und für einen Teil der Unterstützungsberichtigten fiel die Unterstützung zum 1. Oktober, für die übrigen am 3. Dezember, vollständig fort. Nur in Ausnahmefällen soll der Reichskanzler berechtigt sein, die Unterstützung noch länger, aber höchstens bis zum 1. April 1911, zu gewähren.

Diese "Grundsätze" stehen im streiten Widerspruch zu dem Beschluß des Reichstages, der die Unterstützung der arbeitslosen Tabakarbeiter mit 3% des entgangenen Arbeitsverdienstes bis zum 15. August 1911 gewähren wollte. Aus diesem Grunde haben sich die Vorstände des Tabakarbeiterverbands und des Verbandes der Zigarettensortierer mit einer Petition an Bunsenrat und Reichstag gewendet, in welcher sie um Durchführung des Reichstagsbeschlusses bitten. In dieser Petition wird die riesige Arbeitslosigkeit, die infolge der Tabaksteuererhöhung über die Tabakarbeiter hereingebrochen ist, zahlenmäßig nachgewiesen und zugleich unter Beibringung reichen Materials dargelegt, daß die Krise im Tabakgewerbe durchaus noch nicht überwunden ist. Im Interesse der in der Zeit der allgemeinen Teuerung doppelt notleidenden Tabakarbeiter wäre zu wünschen, daß die Petition die gebührende Beachtung findet.

**Die Scharfmacher gegen Arbeiterbildung.** In einer ganzen Anzahl von Hochschulstädten bestehen seit einiger Zeit von der freien Studentenschaft eingerichtete Unterrichtskurse, in welchen den Arbeitern Gelegenheit gegeben ist, ihr allgemeines Wissen zu bereichern. Es bedarf keiner langen Ausführungen, um die Möglichkeit dieser Einrichtung darzutun, und die Studenten, die sich in den Dienst dieser Bestrebungen stellen, verdienen alle Anerkennung. Eigentlich sollte man erwarten, daß auch die industriellen Unternehmer den Bildungsbestrebungen der Arbeiter sympathisch gegenüberstehen, denn das Wort der agrarischen Junker, wonach die dümmsten Arbeiter die besten sind, können doch die Industriellen nicht so ohne weiteres auch auf ihre Arbeiter anwenden. Es scheint aber doch, als ob die Scharfmacher in den Bildungsbestrebungen ihrer Arbeiter eine Gefahr wittern. In Hannover hat der Verein der Metallindustriellen an seine Mitglieder folgendes Blatt verfaßt:

"Von dem Ausschuß der „Freien Fortbildungskurse“ für Arbeiter werden zur Zeit Plakate an die bessigen Firmen gesandt mit dem Ansuchen, sie im Betriebe auszuhängen.

Wir warnen dringend davor, diesem Ansuchen der gewerkschaftlich organisierten Studenten der technischen Hochschule zu entsprechen, da dies gleichbedeutend wäre mit einer Unterstüzung der Gewerkschaften überhaupt."

Gau macht blind, und hier hat der Gau gegen die Gewerkschaften den Scharfmachern zu einer gründlichen Blamage verholfen. Bei einem Nachdenken hätten sie sich doch sagen können, daß es ein Unrecht ist, von "gewerkschaftlich organisierten Studenten" zu reden. Den Gewerkschaften kommen allerdings die Fortbildungskurse insofern zugute, als die Arbeiter, die über bessere Kenntnisse verfügen, auch die tüchtigsten Gewerkschaftsmitglieder sind. Sie sind aber gleichzeitig auch die leistungsfähigsten Kräfte im Betrieb, und deshalb hätten die Unternehmer alle Ursache, diese Unterrichtskurse zu fördern, statt sich durch ihre tölpelhafte Verämpfung vor aller Welt zu blamieren.

## Verbandsnachrichten.

### Wekanntmachungen des Vorstandes.

Der Zahlstellen Hamburg wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines Volksbeitrages von 80 Pf. ab 40. Woche erteilt.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnr. ist der 50. Wochenbeitrag für das Jahr 1910 fällig geworden.

Mit Schluss des Jahres 1910 sind die im Jahre 1903 ausgestellten Mitgliedsbücher aufgebraucht, das heißt, die Markenröhren in denselben vollgelebt. Für diese Mitgliedsbücher werden Erfabrbücher ausgestellt. Die vollgelebten Bücher müssen Ende Dezember von den Zahlstellenverwaltungen an die Hauptkasse eingestellt werden, worauf wir die betreffenden Mitglieder schon jetzt mit dem Ansuchen auffeußern machen, die Beiträge bis Jahresende rechtzeitig zu entrichten und ihr Mitgliedsbuch alsdann an den Zahlstellenkassierer zur Übergabe an die Hauptkasse abzugeben. In den Zahlstellen selbst dürfen solche Erfabrbücher nicht ausgestellt werden. Um Porto zu sparen, empfehlen wir, die vollen Bücher in den Zahlstellen zu sammeln und jeweils in größerer Zahl als Kreuzband oder Paket an die Hauptkasse zu senden. Kreuzbandbindungen dürfen nicht über 1000 Gramm wiegen und müssen den Vermerk "Geschäftspapiere" tragen. Alle Sendungen bitten wir gut zu schützen, um Verluste von Mitgliedsbüchern zu vermeiden. An die Zahlstellenkassierer richten wir das dringende Ansuchen, nur solche Bücher einzusenden, welche vollständig in Ordnung sind. Die Marken müssen bis Jahresende gelebt, etwaige beitragsfreie Wochen müssen abgestempelt sein. Das Nationale des Mitglieds auf dem Titelblatt muß vollständig sein. Für Bücher, welche nicht vollkommen in Ordnung gebracht sind, können keine Erfabrbücher ausgestellt werden, so daß in erster Linie die Mitglieder selbst darauf bedacht sein sollten, daß ihr Buch bei der Übergabe in Ordnung ist. Fehlende Marken müssen in jedem Falle nachgelöst werden.

Die Mitglieder in allen Zahlstellen machen wir auf den bevorstehenden Jahresabschluß aufmerksam und ersuchen um rechtzeitige Zahlung der Beiträge, damit die Abrechnung für das vierte Quartal keine Verzögerung erleidet.

Die Aufrufung der Centralcommission für die Kamm-, Haarschmied- und Stockindustrie in der Bekanntmachung betreffend Errichtung eines Centralarbeitsnachweises (Nr. 48 d. Blg.), wonach "alle Gesuche um Arbeitsvermittlung dorthin zu richten sind", hat zu Mißverständnissen Anlaß gegeben. Wir machen deswegen hierdurch bekannt, daß selbstverständlich der örtliche Arbeitssatznachweis stets in erster Linie zu benutzen ist. Die in den einzelnen Zahlstellen bestehenden Einrichtungen und Beschlüsse für die Arbeitsvermittlung auf isolalem Gebiete werden durch den Centralarbeitsnachweis der obigen Branchen in keiner Weise berührt.

Aus dem Verbande ausgeschlossen wurden wegen Streitbruches auf Antrag der Zahlstelle Berlin der Tischler Hans Wolter, Möbelpolierer Paul Böttcher und Gustav Kupfer, Maschinendarbeiter Otto Wald, Rahmenmacher L. Heim, Stellmacher Max Nehmich und Büttnermacher Heinrich Schulz; von Bremen der Tischler Wilhelm Wiesemann von Bürgel, Th. der Stoddrechsler Georg Müller; von Cuxhaven die Tischler Heinrich Boldt, Otto Brahm, Ernst Fidloch, Heinrich Henrich, Heinrich Himmer, Wilhelm Kramer und August Schlegel; von Frankfurt a. M. die Tischler Eugen Dürr, Jean Adam Müller und Johann Spierle; von Hamburg der Stochschneider Heinrich Wudde; von Neustadt a. d. Haardt der Tischler Heinrich Klein; von Neustrelitz der Tischler Rudolf Höch; von Wald-

der Holzsolihärtsteller Albert Kuhn; von Wilsdruff die Tischler Reinhard Kirchen, Leonhard Leiterich, Otto Müller und der Polierer Otto Groß; wegen Unterschlagung auf Antrag von Frankfurt a. M. der Tischler Fritz Gold; wegen Lebens falscher Marken auf Antrag von Berlin der Tischler Fritz Siegmund; wegen versuchten Betruges auf Antrag von Köln der Tischler Heinrich Jütte; wegen Verstoßes gegen die Interessen des Verbandes auf Antrag von Berlin die Tischler Hermann Drösser und Anton Margalith; wegen unkollegialen Verhaltens auf Antrag von Berlin der Tischler Fritz Fries; von Rigdorf der Tischler Emanuel Höhowski.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 862 (Jugd. Mitgl.) Franz Diemer, Stodarbeiter, geb. 21. 10. 88 zu Helligenrade.  
803409 Paul Hannemann, Tischler, geb. 8. 7. 86 zu Kloster Bluna.  
808774 Richard Bönsch, Tischler, geb. 1. 4. 88 zu Hirschberg.  
844608 Heinrich Paris, Tischler, geb. 10. 4. 81 zu Rostum.  
416056 Peter Schöllhorn, Tischler, geb. 18. 10. 88 zu Kaufering.  
466484 Franz Lößler, Tischler, geb. 27. 6. 88 zu Oberzell.  
488517 Dietrich Hoos, Tischler, geb. 17. 10. 57 zu Graefenhage, (Holland).

Im Monat November gingen von nachbenannten Zahlstellen folgende Beiträge ein:

Gau Danzig: Briesen 40,95 M., Danzig 800, Elbing 850, Goldap 182, Graudenz 120, Jastrow 11,50, Königsberg 1000, Konitz 50, Lauenburg 180, Memel 101, Rummelsburg 40, Schlawe 90, Sensburg 280, Stettin 80, Tilsit 408, Zoppot 100 M.

Gau Stettin: Anklam 100 M., Barth 100, Friedland 50, Girsberg 90,80, Gollnow 88,88, Greifswald 100, Glatz 800, Lötzen 20, Malchin 76,95, Neustadt 40, Parchim 100, Schönberg 200, Schwerin 850, Stargard 150, Stettin 800, Stralsund 150, Strelitz 150, Teterow 20, Warnemünde 50 M.

Gau Breslau: Beuthen 150 M., Breslau 800, Brieg 150, Bunzlau 100, Erdmannsdorf 100, Freiburg 800, Glogau 200, Görlitz 1200, Guhrau 75, Hainau 50, Herisford 270, Jauer 100, Kattowitz 800, Königshütte 200, Langenölz 200, Lauban 40, Leisse 100, Neusalz 70, Niesky 800, Oistroo 40, Posen 550 M.

Gau Berlin: Beelitz 20 M., Berlin 4000, Bernau 200, Cossen 26,50, Dahme 40, Frankfurt 850, Guben 200, Klosterfelde 250, Landsberg 500, Lindenwalde 900, Lübben 150, Lübbenau 200, Müslau 150, Neuruppin 100, Oderberg 50, Perleberg 50, Potsdam 400, Prendzau 100, Priebus 100, Rathenow 800, Schwerin 56, Sorau 100, Spreeberg 200, Strausberg 100, Trebbin 98, Treuenbrietzen 800, Weißwasser 60, Zehdenick 50, Zehdenick 40 M.

Gau Dresden: Brand 840 M., Colmnig 80,50, Deutschnsdorf 270, Dippoldiswalde 200, Döbeln 200, Dresden 800, Ebersbach 100, Elsterwerda 85, Eppendorf 400, Gertingswalde 1050, Glashütte 870, Großhartmannsdorf 80, Großröhrsdorf 800, Großschönau 100, Grünhainichen 40, Hartha 700, Kamenz 80, Königstein 100, Leubsdorf 220, Löbau 800, Meißen 500, Mittweida 480, Mulda 100, Niederseiditz 500, Nossen 45, Oederan 80, Obernau 2000, Pirna 400, Radeburg 1150, Reichenberg 70, Riesa 850, Schmöditz 90, Seifersdorff 68, Stolpen 150, Waldheim 800, Zittau 850 M.

Gau Leipzig: Adorf 200 M., Altenburg 500, Aue 100, Buchholz 200, Burgstädt 100, Chemnitz 2500, Crinitzschau 600, Eilenburg 1200, Frohsdorf 150, Geithain 100, Gera 800, Göhny 200, Greiz 100, Grimma 185, Hainichen 200, Hohenstein 100, Köthen 400, Johanngeorgenstadt 885, Kleinolbersdorf 98, Klingenthal 170, Langenberg 150, Leipzig 15000, Limbach 70, Marienberg 150, Meerane 180, Meuselwitz 100, Neustadt 80, Penig 100, Plauen 400, Riesa 200, Ronneburg 110, Schkeuditz 450, Schleiz 50, Schmöditz 1174,50, Schönheide 150, Stollberg 50, Taucha 118, Trenn 181, Weida 100, Werdau 200, Wilsau 250, Wurzen 270, Zeitz 2000, Zeulenroda 600, Zwickau 850 M.

Gau Erfurt: Apolda 80 M., Arnstadt 175, Bördig 300, Coburg 400, Erfurt 85,07, Eschwege 100, Fehrenbach 40, Friedrichroda 40,05, Goldlauter 40, Gotha 1000, Hermisdorf 50, Jenia 250, Langewiesen 400, Lauterberg 150, Wiesentbach 850, Merseburg 200, Mühlhausen 400, Naumburg 150, Neustadt 150, Ohrdruf 50, Pößneck 55, Rada 48, Rödental 40,80, Rudolstadt 195, Saalfeld 180, Schleusingen 55, Steinach 87,91, Suhl 80, Thürnau 100, Waltershausen 160, Weimar 875, Weissenfels 100 M.

Gau Magdeburg: Aken 70 M., Aschersleben 200, Bitterfeld 80, Blankenburg 140, Burg 1500, Cöthen 500, Coswig 150, Eisleben 225, Gardelegen 200, Goslar 150, Genthin 40, Halle 2000, Helmstedt 800, Magdeburg 2800, Sangerhausen 800, Schönebeck 850, Stendal 220, Wernigerode 120, Werst 100 M.

Gau Hambug: Ahrensburg 80 M., Apenrade 50, Blankensee 120, Boizenburg 80, Bredstedt 50, Bremen 2500, Bremerhaven 1700, Cuxhaven 20, Elmshorn 250, Eutin 80, Flensburg 250, Geesthacht 280, Geitendorf 70, Harburg 800, Heide 150, Jever 280, Lauenburg 100, Lübeck 700, Lüneburg 150, Meldorf 150, Neuenburg 80, Neumünster 480, Norden 100, Nordenham 58,28, Oldenburg 200, Oldesloe 150, Sonderburg 140, Stade 60, Süderbrarup 80, Tönning 52,54, Uetersen 80, Wilhelmshaven 1000,80, Winsen 100 M.

Gau Hannover: Alfeld 50 M., Bielefeld 2400, Cassel 1450, Detmold 400, Hameln 180, Hannover 2800, Hesepe 80, Herford 400, Hess.-Döbendorf 100, Hildesheim 900, Lage 180, Lehrte 80, Lemgo 100, Melle 150, Minden 100, Münster 111,69, Osnabrück 200, Peine 150, Quedlinburg 150, Rheine 80, Springe 70, Stadthagen 100, Uelzen 200, Verden 200 M.

Gau Düsseldorf: Aachen 150 M., Bochum 150, Bonn 350, Dortmund 500, Duisburg 650, Elberfeld 1600, Ennepetal 70, Essen 1500, Gelsenkirchen 250, Gladbeck 850, Hagen 850, Hamm 180, Herne 70, Köln 2000, Krefeld 500, Lennep 115, Mülheim 120, Münster 100, Oberhausen 160, Ohligs 95, Recklinghausen 100, Siegen 200, Soest 100, Solingen 200, Wals 200, Werden 90, Wessel 90 M.

**Gau Frankfurt:** Alsfeld 50 M., Amorbach 150, Auerbach 21,90, Badenbach 140, Frankenthal 400, Wiesloch 170, Großkarben 100, Hanau 300, Hessenstein 40, Höchst 1400, Höhe 77,20, Kellheim 400, Kirchheim 200, Landau 50, Ludwigshafen 800, Mainz 1500, Mannheim 2200, Montabaur 50, Mühlheim 150, Neustadt 180, Obernstadt 180, Offenbach 1500, Oppenheim 200, Simeck 90, Trier 50, Vilbel 100, Worms 600, Zweibrücken 100 M.

**Gau Würzburg:** Amberg 90 M., Ansbach 150, Bamberg 9, Bayreuth 400, Cham 45, Dinkelsbühl 150, Erlangen 800, Forchheim 60, Fürth 4000, Herzogenaurach 15, Kitzingen 40, Neustadt 14, Nürnberg 4500, Scheyn 88, Schwarzenbach 60, Wendelstein 70, Wilhermsdorf 50, Würzburg 800 M.

**Gau Württemberg:** Eßlingen 40 M., Augsburg 800, Freising 900, Glücksburg 60, Kempten 150, Krumbach 50, Landshut 100, Memmingen 190, Mindelheim 20, Münchingen 700, Passau 100, Regensburg 80, Pfarrkirchen 20, Reichental 100, Rosenheim 200, Stuttgart 80, Wörth 100, Wiesloch 18 M.

**Gau Stuttgart:** Altensteig 80 M., Bodnang 50, Bruchsal 50, Ebingen 100, Emmendingen 45, Esslingen 500, Freiburg 400, Gedweiler 25, Gundelfingen 100, Hall 140, Hechingen 18, Heidenheim 50, Holzgerlingen 48,55, Karlsruhe 650, Kirchheim 180, Lauterbach 60, Lenningen 80, Lörrach 80, Ludwigsburg 170, Marbach 120, Mühlheim 60, Neuenbürg 75,44, Neustadt 40, Oos 88, Pforzheim 800, Gladbach 50, Ravensburg 150, Reichenbach 48, Reutlingen 100, St. Ludwig 100, Schorndorf 90, Scheiblingen 200, Singen 100, Spaltungen 146, Straßburg 400, Stuttgart 1200, Tübingen 80, Ulm 800, Waldshut 44, Wangen 87,50, Weitersheim 28, Wertheim 22, Winnenden 18, Wuppenhausen 400 M.

Die Meisterinnen und Verwaltungen werden ersucht, vorstehende Tabelle genau zu prüfen und etwaige Missstände sofort an uns zu berichten.

Nicht aufgeschlüsselt sind die Verträge, welche für die Verlagsanstalt bestimmt waren.

Berlin C, Neue Friedrichstraße 2.

#### Der Verbandsvorstand.

##### Korrespondenzen.

**Buchholz i. S.** In der Holzwarenfabrik G. Möller im benachbarten Walthersdorf arbeiten etwa 180 Kollegen, von denen bis jetzt nur ein kleiner Teil organisiert ist. Durch besondere Loyalität zeichnen sich die Maschinenarbeiter aus. Trotzdem ohnedies schon Nebensunden gewahrt werden müssen, finden einzelne Kollegen es noch für nötig, darüber hinaus bis 10 oder gar 12 Uhr nachts freiwillig weiterzuarbeiten. Die Kollegen übersehen dabei ganz, daß sie dadurch ihre Gesundheit langsam untergraben. Dabei ist das der falsche Weg, das Einkommen zu erhöhen. Nicht lange Arbeitszeit kann uns helfen, sondern nur ein anständiger Lohn, und den zu erreichen, muß man dem Verbande angehören. Das ist notwendiger, als durch Gründung eines evangelischen Arbeitervereins sich über das Elend hinwegzutäuschen.

**Flüth. (Vorschreinerei)** Von den vielen Sparten und Branchen unserer Fabrik ist die der Vorschreinerei eine derjenigen, deren Verhältnisse mit am ersten verbessert werden müssen. So war für diese Sparte ein Vertrag mit den Arbeitgebern und deren Verband abgeschlossen, allein die Löhne, die hierorts in der Vorschreinerei ergiebt werden, sind durchaus ungenügend. Wurde doch erst kürzlich durch eine Statistik festgestellt, daß die Stundenhöhe sich zwischen 35 und 50 Pf. bewegen und der Durchschnittslohn 40 Pf. beträgt. Obwohl für Ausgelernte unseres Bezirks 14—15 M. Anfangslohn vereinbart ist, müssen sich dieselben mit 12 M. zufrieden geben, wenn sie nicht entlassen sein wollen. Ebenso gibt es fortwährend Scherereien wegen der Vauzulage, speziell bei Reparaturen und Umbauten. Alles mögliche und unmögliche wird versucht, den Arbeiter um die Vauzulage zu bringen. Ausgelernte will man sie überhaupt verweigern. Beim Wechsel des Arbeitsplatzes steht sich der Arbeiter stets der Gefahr aus, weniger Lohn zu erhalten als im alten Arbeitsverhältnis. Hier ist der Willkür der Arbeitgeber Tür und Tor geöffnet die Arbeiter zu schädigen, und muß dem bei Gelegenheit ein Siegel vorgesetzt werden. Unser Bestreben muß sein, die fürchterlichen Verhältnisse denen unserer Nürnberger Kollegen anzupassen. Wenn wir das wollen, muß jeder Kollege seine Schuldigkeit tun, muß seine Sektionsversammlungen und Werkstättenversammlungen besuchen. Die auswärtigen Kollegen seien im eigenen Interesse, um sich vor Schaden zu bewahren, ermahnt, unsere Bahnhöfe nicht zu überlaufen, damit wir den Arbeitgebern bessere Verhältnisse abtroßen können.

**Harsefeld bei Stade.** Durch fortgesetzte Agitation, besonders der angereisten Kollegen, ist es gelungen, auch hier das Interesse für die Organisation zu wecken. Zurzeit gehören 18 Kollegen dem Verband an und bilden eine Filiale der Bahnhöfe Stade. Am Sonntag, den 20. November, fand wieder eine Versammlung statt, zu welcher Kollege Koch aus Hamburg als Referent gewonnen war. Er entsiedigte sich seiner Aufgabe zur vollen Zufriedenheit der Zuhörer. Vor Beginn der Versammlung gab es aber einen kleinen Zwischenfall. Der Gendarm kam in großer Aufregung in das Lokal gestürzt, in welchem die Kollegen schon versammelt waren, und hielt unruhige Redensarten. Er sprach von Ungehorsamkeit, Trinkgelage abhalten und ähnlichem Zeug und war offenbar der Meinung, daß er herren sei, den Staat aus einer großen Gefahr zu retten. Da er sich von der Geschwindigkeit seines Auftretens nicht überzeugen lassen wollte, ist die vorgesetzte Behörde durch eine Beschwerde erachtet worden, ihm die nötige Instruktion zu erteilen.

**Worms.** „Neue Besen fehren gut!“ Dieses bekannte Sprichwort findet von neuem Bestätigung in der Person des vor langer Zeit in der Waggonfabrik angestellten Meisters namens Heinrich aus Aachen, welcher sich beruft, den Aktiönen höhere Dividenden aus den Knochen der Arbeiter herauszuschinden, als bisher möglich war. Wom's nicht paßt, der geht! ist das zweite Wort, welches dieser biedere Meister den Arbeitern entgegnet, wenn einer wagt, ihm zu widersetzen. Die erste Attacke ritt er gegen die Stellmacher, welchen er zumute, den Bau der Güterwagen um 12 Proz. billiger herzustellen. Durch das eintrügliche Zusammenhalten der Kollegen würde

ihm aber klar gemacht, daß der Plan sich nicht durchführen läßt, und so mußten denn die alten Preise weitergezahlt werden. Der zweite Versuch des Meisters Heinrich, sich eine Verdienstmedaille zu erwerben, richtete sich gegen die Tischler. Er hatte nämlich die Wahrnehmung gemacht, daß der Lebensunterhalt in Weimar keine 45 bis 50 Pf. Stundenlohn erfordert und die Kollegen mit 30 bis 35 Pf. Stundenlohn ein angenehmes Dasein in der Weimar führen könnten. Der Herr scheint aber ziemlich schlecht von den Nahrungsmittelpreisen in unserer Wusenstadt unterrichtet zu sein. Er möge aber unbesorgt sein, unsere Kollegen werden auch trotzdem der Winter vor der Tür steht, diesen Schlag zu parieren wissen. Damit aber noch nicht genug. Die Gewölle des braven Meisters gehen noch weiter; er glaubt, mit der Einführung des Kolonensystems eine höhere Auszeichnung davonzutragen. Es ist wohl allgemein bekannt, daß hinter dem Kolonensystem ein gewisser Betrug steckt; denn die Arbeiter erhalten keine Altkordtzeit mehr, so daß kein Arbeiter außer dem Kolonienführer den Preis für den auszuführenden Altkordt erfährt, so daß der Kolonienführer die Arbeiter nach Willkür auszahlen kann. Nun, Kollegen, seid auf der Hut und haltet weiter so wie bisher fest zusammen, dann wird es uns auch möglich sein, alle gegen uns gerichteten Schläge zurückweisen zu können.

**Wunsiedel.** In dem benachbarten Weissenstadt fand am 27. November eine sehr gut besuchte öffentliche Holzarbeiterversammlung statt. Kollege Stein hält einen vorzüglichen Referat über das Thema: „Warum organisiert werden wir?“, wofür er reichen Beifall erntete. Der Erfolg der Versammlung war, daß zu den bereits vorhandenen 88 Mitgliedern 9 neue gewonnen wurden. Die Kollegen in Weissenstadt sehen nun eben auch wie viele andere ein, daß ohne eine strenge Organisation keine Verbesserung der Arbeitsbedingungen erzielt werden kann. Sind doch die Löhne bei einer eßkündigen Arbeitszeit derart miserabel, daß es fast unmöglich ist, eine Familie damit durchzubringen. Für Nacharbeit erhalten die Kollegen eher weniger als mehr; der Unternehmer sagt, er muß das Licht auch bezahlen. So kam es kürzlich vor, daß ein Kollege für 88 Arbeitsstunden ganze 14 M. erhielt. An den Kollegen liegt es nun, fest zur Organisation zu halten und die noch fernstehenden zu gewinnen, um nun endlich mit derartigen miserablen Zuständen aufzuräumen. Auch in bezug auf sonstige Einrichtungen steht es noch sehr schlecht aus; die Arbeiter sind gezwungen, wenn sie ihre Pausen nicht an den festen Arbeitsplätzen zu bringen, auf dem Dampfkessel ihre Wahlzeiten einzunehmen, wo es Schmutz, und zwar nicht zu wenig, gibt. Mögen sich die fernstehenden Kollegen und Kolleginnen den organisierten recht bald anschließen, damit auch Verbesserungen durchgeführt werden können.

##### Unsere Lohnbewegung.

In Crimmitschau sind in der Tischfabrik von Emil Bischöck Differenzen ausgebrochen. Die Firma hat unseren dasselben beschäftigten Kollegen einen Altkordtarif zugestellt, in welchem die Preise bis zu 40 Proz. niedriger sind als nach den bisher gezahlten Löhnen. Wir ersuchen, den Zug von Tischlern, Drechsler, Polierern und Maschinenarbeitern fernzuhalten.

In Delmenhorst scheint es jetzt selbst den „nützlichen Elementen“ in der Waggonfabrik nicht mehr recht wohl zu sein. Selbst wenn man von ihnen verlangt, daß sie für ihr Geld auch entsprechend arbeiten sollen, ist es mit ihrer Hilfe zur Sache vorbei, denn wenn sie das wollten und könnten, dann vermöchten sie ja auch ihr Brod auf ehrliche Art zu erwerben. Der Agent der Streikbrechervermittlung Müller in Wandsbek, der bisher in der Fabrik quartierte, hat das Feld geräumt, nachdem er mit der Geschäftsführung in Streit geraten war. Ihm sind nun noch einige Streikbrecher gefolgt. Freilich dürfte die Firma den Scheidenden wenig Trauen nachweinen, denn Staat war mit deren Arbeit doch nicht zu machen. Die Direktion dürfte noch einmal einsehen, daß für das viele Geld, was die Mausreißer verschlingen, die Wünsche des alten Arbeitertummes hätten auf lange Zeit hinaus erfüllt werden können. Der Streit in der Waggonfabrik dauert unverändert fort.

In Koblenz mußte der Streit in der rheinischen Waggonfabrik erfolglos beendet werden. Die Zahl der Arbeitswilligen hatte sich in der letzten Zeit beträchtlich vermehrt, und das Nachlassen des Geschäftsganges in den Schreinereien vermehrt das Angebot der Arbeitswilligen. Warum war der Betrieb kaum zur Hälfte besetzt, und der größte Teil der Streikbrecher verblieb, während ungeübten Leuten, die erst angelernt werden mußten, aber die Firma hatte sich auf den Kampf eingerichtet und nahm keine Aufträge an, die sie nicht erledigen konnte. Bei der Schlage mußte der Streit abgebrochen werden. Von der Firma wurden leinerlei Abgeständnisse gemacht und nur versprochen, die Streikenden allmählich wieder einzustellen. Die Einstellung geht nur langsam voran, circa 50 Mann sind noch draußen. Zuvielgedessen muß der Zug noch weiterhin fernzuhalten werden.

In Mühlhausen i. Els. hat im Verlauf der letzten Woche ein dem Arbeitgeberbund angehörender Unternehmer die Forderungen anerkannt, und ebenso hat ein Kleidermeister, der zwei Arbeiter beschäftigt, den Tarif unterschrieben. Im übrigen dauert der Streit fort und ist der Zugang nach wie vor fernzuhalten.

In Neu-Isenburg stehen die Tischler bei Wittlich noch immer im Streit. Die Firma hat aus Hamburg und Berlin je einen Trupp Streikbrecher bezogen, die man nun ängstlich vor der Verührung mit den Streikenden behütet. Zu diesem Zweck wurden die Helfer in der Not per Automobil zu ihrer Arbeitsstätte gebracht. Immer scheint allerdings das Auge des Chefs nicht zu wachen, denn einige der Arbeitswilligen sind bereits wieder verdutzt. Die Streikenden lassen sich nicht beirren und führen den Kampf weiter. Viele sind abgereist, so daß nur noch am Orte ist, was zur Konkurrenz benötigt wird.

In Radeberg ist mit der Firma Köckritz eine Einigung zustande gekommen. Die Arbeitszeit wird um insgesamt 2½ Stunden pro Woche herabgesetzt. Die Stundenhöhe erfahren eine Erhöhung um 5 Pf., die Altkordhöhe um 8 Proz. Die Arbeit wurde in diesem Betriebe wieder auf-

genommen, dagegen haben sich die Verhandlungen mit noch und Rißig verschlagen, so daß hier der Streit fortduert.

In Wilsdruff und Cunnersdorf ist der Streit der Weißmädelischer nach zwölfmonatiger Dauer mit einem Erfolg für die Arbeiter beendet worden. Die Arbeitszeit wird in Cunnersdorf von 50½, in Wilsdruff von 58 sofort auf 57 Stunden und am 1. April 1911 auf 58 Stunden wöchentlich herabgesetzt. Die Altkordpreise der sogenannten altdutschen Möbel erfuhren eine Erhöhung um etwa 18 Proz., ebenfalls ist auf moderne Arbeiten entsprechend angelegt worden. Die Maschinenarbeiter erhalten 4 Pf. auf den bisherigen Stundenlohn. Die Firma ist im allgemeinen wieder aufgenommen, doch sind noch einige Kollegen arbeitslos, da die Vorarbeiten noch nicht weit genug vorgeschritten sind. Bemerkenswert ist, daß Herr Schmidt in Wilsdruff, dessen Betrieb in die allgemeine Bewegung nicht einbezogen war, nach Beendigung des Kampfes die Verbandsmitglieder mafregelte d. h. sein Buch abgab, fand Gnade bei Herrn Schmidt und darf dort weiter schaffen, was auch wirklich 4 Mann taten. So ungern wir sonst Mitglieder einbüßen, so müssen wir doch sagen, daß an solchen Leuten nicht viel verloren ist. Es wird aber noch die Zeit kommen, wo den bei Schmidt beschäftigten Leuten die Augen aufgehen und sie bereuen werden, mit ihrer Verbandsmitgliedschaft auch ihre Arbeiterehre so leichtsinnig preisgegeben zu haben. Die anderen Kollegen, die noch genug Erfahrung hatten und sich aussperren ließen, sind bis auf einen anderweit untergebracht. Also, Kollegen, von diesem Betrieb gilt es jeden Zugang fernzuhalten.

##### Ausland.

In Sofia befinden sich, wie uns der Vorstand des Holzarbeiterverbandes in Bulgarien mitteilt, die Tapetierer in einem Lohnkampf. Da zu erwarten steht, daß die Unternehmer versuchen werden, Arbeitswillige aus Deutschland zu holen, wird gebeten, den Zugang von Tapetierern nach Bulgarien fernzuhalten.

## Aus der Holzindustrie.

Der Kongress der Tischfabrikanten Deutschlands fand am 27. November unter dem Vorsitz des Herrn Blahardt statt. Da die Versammlung unter Ausschluß der Deffentlichkeit tagte, sind wir auf den Bericht angewiesen, den die „Tischzeitung“ darüber bringt. Dem Bericht entnehmen wir, daß der Kongress aus allen Teilen Deutschlands statt befürchtet war. Nach Begrüßungsansprachen der Herren Blahardt und Blathen gab Herr Hoop namens der Berliner Tischbranche interessante Erläuterungen über die reellen Preise für Tische, wie sie an der Hand einer Anzahl zur Verteilung gelangter Kalkulationen Berliner Unternehmer der Tischbranche festgestellt sind. Es fand dann eine eingehende Aussprache statt, in welcher die verschiedenen Vorschläge für die Verbesserung der Verhältnisse gemacht wurden. Von der Festsetzung bindender Mindestpreise wurde mit Rücksicht auf die großen Qualitätsunterschiede abgesehen. Angenommen wurde dagegen, und zwar mit allen gegen die Stimme eines einzigen Inhabers eines kleinen Betriebes ein Antrag des Herrn Blahardt, der eine Kontingentierung der Arbeit und der Rundschafft bezeichnet. Die Teilnehmer des Kongresses verpflichteten sich danach auf die folgenden Punkte:

1. Beschränkung auf die bisherige Rundschafft und Einstellung des Wettbewerbes zur Errangung neuer Kunden auf die Dauer von 8 Monaten;
2. keine Vergroßerung des Geschäfts ohne ganz zwangsläufige Notwendigkeit, ebenfalls auf die Dauer von 8 Monaten.

Zur Ausführung der Beschlüsse wurde ein Arbeitsausschuß eingesetzt, in welchen folgende Herren gewählt wurden: Laboro - Möbelfabrik, Delmenhorst; Müller - Direktor Möbelfabrik von der Firma Mischewitz u. Schmidt in Langenselb, Saalfeld-Rudolstadt; Richter in Berlin, Lichtenberg; Gustav Grafe-Berlin, Kleemann-Berlin, Matzke-Berlin, Appel-Berlin, Meinkel-Stettin, Mohr in Hamburg; Jahn - Goest und Löb-Lößnig-Görlitz. Aufgabe dieses Ausschusses soll es sein, ein Rundschreiben an die nicht anwesenden und die Bewegung noch fernstehenden Tischfabrikanten zu richten und für die Durchführung des Beschlusses der Tischlermeister und Holzindustriellen betreffend die 7½ prozentige Preiserhöhung durch ein Rundschreiben an die Rundschafft und sonstige Maßnahmen alles Nötige in die Wege zu setzen. Für die Folgezeit soll der Ausschuß für gangbare Sorten Mindestpreise ausspielen und solche den Berufsgenossen zur gemeinsamen Berechnung als Inhalt übermitteln. Der Ausschuß hat seine Tätigkeit sofort aufgenommen.

Der von den Tischfabrikanten gesetzte Beschuß hat zum mindesten das für sich, daß er original ist. Ob sich bei der Durchführung die gleiche Einmütigkeit zeigen wird wie bei der Beschlusssatzung, muß die Zeit lehren.

Der Schuhverband der Kürschnerei- und Westentricher hat unter dem Vorsitz des Herrn Walter Gbach am 21. November eine Versammlung in Köln abgehalten, deren Ergebnis die nachstehenden Beschlüsse veröffentlicht werden:

1. Um eine Übersicht über die Lohnverhältnisse in der Kürschnerei- und Westentricher zu ermitteln und eine möglichst einheitliche Gestaltung derselben herzuführen, werden die Mitglieder verpflichtet, nach einer noch zu bestimmenden Norm genaue Lohnstatistiken aufzustellen und regelmäßig an den Verstand einzurichten.
2. Die freundschaftliche Stellung des Schuhverbandes zum Arbeitgeberverband wird unter der Deutschen Holzgewerbe verhandelt, für das die Deutschen Holzgewerbe unter etwas veränderten Bedingungen bestehen bleiben. Tiefgründige Unterstützung in außergewöhnlichen Notfällen ist auch für die Zukunft gesichert worden.

3. Die Mitglieder sind gehalten, vor kommende Arbeiterruhen unter ausgiebigerclarification der Ursachen und des Sachverhaltes sofort dem Vorstand anzugeben. Ergibt sich nach pflichtgemäßer Prüfung, daß Mißstände vorhanden sind, so müssen diese beseitigt werden.

werden, zeigt sich indessen, daß die Forderungen unrechtfertigt oder unannehbar sind, wie in zwei vorliegenden Fällen, so sollen die bestreiten Firmen ausgiebige Hilfe und Unterstützung von Seiten der Mitglieder erfahren. Die Ausgaben zur Belämpfung solcher Streiks übernimmt der Verband.

Für unsere Kollegen in der Klavierindustrie dürfte es sich empfehlen, an diesen Beschlüssen nicht ganz gleichgültig vorüberzugehen. Die Klavierfabrikanten wollen die Lohnverhältnisse möglichst einheitlich gestalten. Das dies im Sinne einer Erhöhung der schlechten Löhne gemeint ist, wird wohl niemand annehmen. Die von den Klavierindustriellen geplante Lohnstatistik wird jedenfalls als Mittel dienen sollen, Lohnabfälle zu begründen. So ganz einfach wird sich das ja nicht durchführen lassen und die Freundschaft zwischen den Klavierfabrikanten und dem Arbeitgeberverbände für das deutsche Holzgewerbe wird unsere Kollegen nicht hindern, sich ernstlich ihrer Haut zu wöhnen.

Gerade den Klavierindustriellen gegenüber ist noch eine gründliche Erziehungsarbeit notwendig. Diese Unternehmerorganisation hat sich bisher noch nicht entschieden können, den Deutschen Holzarbeiterverband als verhandlungsfähig anzuerkennen. Und wenn es in den Beschlüssen heißt, daß der Vorstand des Schuhverbandes bei vor kommenden "Arbeiterunruhen" den Sachverhalt prüfen werde, so weiß man im voraus, daß eine solche Prüfung für die Nazis ist. Der Schuhverband der Klavierindustriellen wird stets finden, daß die Forderungen der Arbeiter unberechtigt und unannehbar sind und den bestreiten Firmen keine Unterstützung leihen. Das hat er auch im laufenden Jahre in reichlichem Maße getan und wenn der größte Teil der vielen Lohnkämpfe, die in diesem Jahre in der Klavierindustrie geführt wurden, mit einem günstigen Ergebnis für die Arbeiter beendet werden sollte, so ist das ein Erfolg, der um so höher zu veranschlagen ist, als er gegen den Schuhverband der Industriellen erzielt wurde.

Allerdings waren nicht alle Kämpfe in der Klavierindustrie erfolgreich. Das ist darauf zurückzuführen, daß noch so viele Klavierarbeiter ihrer Organisation, dem Deutschen Holzarbeiterverband, fernstehen. Dieser Kollegen mag die straffe Organisation und der daraus resultierende Übermut der Unternehmer eine Warnung sein. Es gibt auch für die Klavierarbeiter keinen Grund für das Fernbleiben von der Organisation. Je zahlreicher sich die Kollegen aus der Klavierindustrie dem Deutschen Holzarbeiterverband anschließen, um so besser werden sie imstande sein, ihre Interessen wahrzunehmen.

Der Verband deutscher Bürsten- und Pinselindustrieller hielt seinen Verbandstag am 31. Oktober in Nürnberg ab. Der Verband zählt zurzeit 67 Mitglieder. Dem in der "Zeitschrift für Bürsten-, Pinsel- und Kammsfabrikation" abgedruckten Bericht entnehmen wir u. a., daß der Verband gegen die Bestrebungen in Kreisen nordwestdeutscher Bürsten- und Pinselindustrianten, eine reichsgelehrte Vorschrift zur Zwangsbeseinfestigung ausländischer Vorsten an der Grenze zu erwidern, entschieden Stellung genommen hat. Bemerkenswert ist der folgende Satz des Berichtes: "Die Besprechung über Vorläufige zu im Schuhbedarf der Arbeitgeber führt zunächst zu dem Ergebnis, daß eine aus fünf Mitgliedern bestehende Kommission gewählt wurde, die bei nächster Gelegenheit geeignete Vorschläge machen soll." Anscheinend handelt es sich hier um Maßnahmen gegen die Bestrebungen der Arbeiter, welchen unsere Kollegen aus der Bürsten- und Pinselindustrie die nötige Aufmerksamkeit schenken, und die sie benötigen sollten, der eigenen Organisation das erforderliche Interesse entgegenzubringen. Einstimmig wurde beschlossen, die Verkaufspreise um mindestens 5 Proz. zu erhöhen. Die ausscheidenden Mitglieder des Vorstandes wurden wiederum gewählt bis auf den schon vorher ausgetretenen Herrn Hindleben, an dessen Stelle Herr Adolf Richter, in Firma S. W. Kaufmann in Lauterberg, zum Beisitzer gewählt wurde.

Der christliche Holzarbeiterverband veröffentlichte in der letzten Nummer seines Verbandsorganis. den Kassenbericht für das dritte Quartal. Danach betrug die Einnahme an Aufnahmegerüben 797,75 M., an Beiträgen 68 282,75 M., wozu noch 21 004,40 M. Zollbeiträge kamen. Das Vermögen des Verbandes beträgt am Quartalsende 384 358,99 M., davon 311 819,52 M. in der Sparsamke und 72 539,47 M. in den Zollfassen. Die Gesamtmitgliederzahl wird natürlich nicht mitgeteilt, doch sollen die nachfolgend verzeichneten Zahlstellen die angegebene Mitgliederzunahme erfahren haben: Augsburg 19, Bamberg 20, Dinkelsbühl 10, München 59, Waldkirch 11, Frankfurt 22, Höchstädt 10, Kaiserslautern 10, Mannheim 24, Saarbrücken 22, Waiblingen 10, Bonn 10, Köln 15, Duisburg 54, Elberfeld-Worms 20, Goch 12, Nettetal 10, Sterkrade 10, Wieren 20, Ahlen 11, Bochum 28, Dortmund 45, Essen 53, Hamm 14, Münster 11, Celde 10, Berlin 34, Hamburg 53, Hildesheim 10, Lohne 14, Minden 19, Osnabrück 21, Bavenburg 18, Danzig 14, Sagard 10, Breslau 21, Bittau 12.

Die vereinigten Möbelfabriken Germania, Aktien-Gesellschaft, in Bob Lauterberg i. Harz, unter welcher Firma sich die Lauterberger Stuhlfabrikanten zu einer einheitlichen Gesellschaft zusammengeschlossen haben, berichten über ein schlechtes Geschäftsjahr. Nach 58 857 M. Abschreibungen bleibt nur ein Gewinn von 9534 M., welcher zu Rücksichtungen verwandt wird. Auf das Aktienkapital von 1 Million Mark kommt demnach eine Dividende nicht zur Verteilung. Dieses schlechte Geschäftsergebnis berechtigt aber noch nicht zu der Annahme, daß die Lauterberger Stuhlfabrikanten mit der Gründung der Aktiengesellschaft einen Fehler gemacht haben. Man darf nicht vergessen, daß die ehemals selbständigen Fabrikanten ihre Betriebe als Direktoren weiter leiten und wahrscheinlich Gehalter bezeichnen, die ihrem früheren Unternehmergebin kaum nachstehen werden.edenfalls haben die Stuhlfabrikanten in Lauterberg durchaus keine Veranlassung, mit Rücksicht auf das anscheinend so schlechte Geschäftsergebnis in eine Verschlechterung ihrer ohnehin ungünstigen Arbeitsbedingungen zu willigen. Sie müssen im Gegenteil noch mehr als seither auf einen festen Zusammenhalt bedacht sein, um vorwärts zu kommen.

Die Holzverarbeitungsfabrik Gebr. Schröder in Düsseldorf ist unter Mitwirkung des Baumer Bauvereins in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden. Das Aktienkapital beträgt 2 500 000 M. Die Aktien sind sämtlich von den Gründern übernommen worden. Den Vorstand bilden die bisherigen Inhaber der Firma Gebr. Schröder, die Herren Hermann und Albert Schröder, den Aufsichtsrat die Herren: Baudirektor M. v. Mappard, Justizrat S. Cohen und Fabrikant S. Götsch, sämtlich in Düsseldorf.

M. Hagedorn a. Co., Bettloft- und Korntwarenfabrik H. G. in Düsseldorf. Die Gesellschaft hat ein recht gutes Geschäftsjahr hinter sich. Nach Abschreibung von 112 908 M. (im Vorjahr 84 620 M.) verblieb ein Stein gewinn von 128 812 M. (88 197 M.), wovon eine Dividende von 9 Proz. (5 Proz.) verteilt werden soll. Der Gesamtumsatz hat sich um ungefähr 80 Proz. gehoben. Die aufzubebenstellend arbeitenden Anlagen werden infolge der stetig steigenden Anträge vielleicht innerhalb einer kurzen Frist eine Erweiterung erfahren müssen.

## Gewerkschaftliches.

### Christliche Gewerkschaften und Unternehmertum.

Die christlichen Gewerkschaften sind anscheinend im Bereich, ihre Stellung in der Arbeiterbewegung einer gründlichen Revision zu unterziehen. Ursprünglich als Vollsvertretung des Zentrums zum Schutze gegen das Unwohlsein der "roten Blut" errichtet, haben sie sich ja fortwährend bemüht, den Aufgaben gerecht zu werden, die sich aus dieser Stellung ergeben. Als sie jedoch erkannten, daß mit dem Kampf gegen die Sozialdemokratie allein kein Geschäft zu machen ist, und daß der wohlorganisierte Streikbruch ein zweischneidiges Mittel ist, welches ihnen auch die Sympathie der gläubigen Arbeiter raubt, da schwanken sie um. Sie beginnen mit den sozialistischen Gewerkschaften im Kampf gegen das Unternehmertum zu rivalisieren. Der Klasseninstinkt der im Baume der Geistlichkeit stehenden Arbeiter siegt über die Schlaue der ultramontanen Drahtzieher, welche die christlichen Gewerkschaften ausschließlich als Werkzeug gegen das kämpfende Proletariat verwenden wollten. Wenn sich die christlichen Gewerkschaften auch formal dagegen verhalten, Klassenkampf zu treiben, so unterscheiden sich die wirtschaftlichen Kämpfe, die von den christlichen Gewerkschaften inszeniert wurden, im großen und ganzen um kein Haar von den Kämpfen der sozialistischen Gewerkschaften. Ja, oft genug, und bis in die neueste Zeit hinein, legen die Christen großen Wert darauf, an der Leitung der von den verhassten "roten Verbänden" geführten Kämpfen beteiligt zu sein, wenn auch im Hinblick auf ihre geringe Zahl diese Beteiligung an der Leitung nur eine reine Formalität ist.

Diese christliche Taktik soll nun augenscheinlich wieder eine Aenderung erfahren, auf welche wir bereits hingewiesen haben. (Siehe den Artikel "Welche Wendung!" in Nr. 49 der "Holzarbeiter-Zeitung".) Die Drahtzieher, welche die christliche Arbeiterbewegung hinter den Käuffen dirigieren, wünschen aus Gründen, die mit der Arbeiterbewegung nichts zu tun haben, eine Frontveränderung der christlichen Gewerkschaften, und diese folgen getreulich dem Wink der geistlichen Oberen. Die christlichen Gewerkschaftspresse bereitet ihre getreuen Schäfflein so sachte auf die kommenden Dinge vor. Immer von neuem wird den christlichen Arbeitern gepredigt, daß sie die Unternehmer nicht grundsätzlich bekämpfen dürfen, sondern, daß zwischen diesen und den christlichen Gewerkschaften im Gegenteil eine weitgehende Interessensolidarität besteht. Von dieser theoretischen Betonung der Interessensolidarität ist zur praktischen Verlängerung gegenüber den klassenbewußten Arbeitern nur ein Schritt. Und wenn fürsich ein christlicher Gewerkschaftssekretär in Stuttgart den Unternehmern einen Vortrag hält, um ihnen klarzumachen, daß der Anschluß der Arbeiter an die christlichen Gewerkschaften im Interesse der Arbeitgeber liegt, so ist das eine Handlung, die der neuesten christlichen Taktik durchaus entspricht. Die christlichen Gewerkschaften bleiben jedoch hierbei nicht stehen. Allem Anschein nach ist die Zeit nicht mehr fern, wo sich die Christen, in offene Konkurrenz zu den Gelben trend, von den Unternehmern als Schutzeinheit im Kampfe gegen die um die Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage kämpfende Arbeiterschaft verwenden lassen.

Bahnbrechend in dieser Beziehung dürfte wohl der christliche Gewerksverein der Bergarbeiter vorgehen. Die Zeit, in welcher die Vertreter der vier Bergarbeiterorganisationen in der sogenannten Siebenkommission zusammenfanden, um gemeinsam und einheitlich gegen das Unternehmertum vorzugehen, ist längst vorüber. Die Christen haben sich abgesondert und ihre alte Taktik wieder aufgenommen, die darin besteht, den "roten" Bergarbeiterverband mit den schmiedigsten Mitteln zu bekämpfen. Der Zentrums-Gewerksverein scheute nicht davor zurück, Verbindung mit den Kreaturen der Werksbesitzer anzuknüpfen, um die Bergarbeiter zu schädigen. Die Folgen dieses Verhaltens fielen aber auf ihn selbst zurück; bei den Wahlen der Sicherheitsmänner und der Knappmachatschen hat er sich ganz empfindliche Niederlagen geholt. Das scheint ihm vollends die Besinnung geraubt zu haben. Jetzt kennt der christliche Gewerksverein der Bergarbeiter anscheinend kein höheres Ziel, als die Sache der Bergarbeiter zu schädigen.

Es deuten manche Anzeichen darauf hin, daß im Nürnberg eine größere Bewegung in Vorbereitung ist. Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes hat kürzlich die anderen Gewerkschaftsorganisationen zu einer vertraulichen Besprechung eingeladen. Dieser Einladung ist der polnische Bergarbeiterverband und der Hirsch-Dundersche Gewerksverein gefolgt. Der christliche Gewerksverein der Bergarbeiter hat die Verteilung abgelehnt. Aber mehr als das. Obwohl die Verteilungen für das Vorgehen sehrverständlich streng vertraglicher Natur waren, ist die "Alpenisch-Westfälische Zeitung", das Organ der Bergarbeiter, in der Lage, sowohl von der erfolgten Einladung durch den alten Verband, als auch von der Ablehnung der Christen und dem Beschluß der letzteren, allein vorzugehen, Mittelkun zu machen. Nach Lage der Dinge kann das Zeichenblatt sein Wissen nur von der Leitung des christlichen Gewerksvereins haben. Dass diese Vermutung zutreffend ist, beweist ein Artikel in der schriftstellerischen "Post" vom 29. November, in welchem die gleiche Nachricht, mit folgender Einleitung versehen, wiedergegeben wird: "Vom Gewerksverein christlicher Bergarbeiter geht uns folgende Schreiben . . . zu." Der christliche Gewerksverein ist also schon so weit, daß er die ausgesprochenen Schriftstellerorgane für seine Publikationen benutzt. Gleichzeitig mit diesem Verein der geplanten Bewegung der Bergarbeiter an die Bechenbesitzer hat die christliche Organisation eine Gingabe an den Bechenverband gemacht, welche die Lohnfrage und die Frage des Arbeitsnachweises zum Gegenstand hat, die Dinge, die nach dem Plan der übrigen Bergarbeiterorganisationen durch gemeinsames Vorgehen in Fluß gebracht werden sollen.

Offenbar rechnen die Christen damit, daß der Bechenverband ihnen als Vandal für ihren Verein an der Arbeiterbewegung einiges Entgegenkommen zeigt, so daß sich der christliche Gewerksverein dann rühmen kann, er sei es gewesen, der die Erfolge erzielt hat, wodurch er dann in der Lage ist, bei der Agitation dem alten Verband, hinter welchem er in der Mitgliederzahl weit zurück geblieben ist, Abbruch zu tun. Ob allerdings die Dinge sich so entwickeln werden, und ob guttendenfalls die Bergarbeiter sich wirklich in die Organisation der Bergarbeiter drängen werden, ist eine andere Frage. Ebenso leicht möglich und sogar noch wahrscheinlicher ist es, daß die Bechenbesitzer angesichts der Uneinigkeit der Arbeiter jedes Entgegenkommen ablehnen. Und was dann? Wahrscheinlich wird dann der christliche Gewerksverein offen die Partei der Arbeiterfeinde ergreifen. Er ist jetzt schon auf dem besten Wege dazu. Augenblicklich befindet sich die Belegschaft der Beche-Lukas bei Dortmund im Streit. Unter den 634 Mann der Belegschaft befinden sich auch einige Mitglieder des christlichen Gewerksvereins der Bergarbeiter. Nun erläßt die Zentralleitung der Christen eine Erklärung, nach welcher sie den Streik missbilligt und ihre Mitglieder bei Androhung des Ausschlusses aus der Organisation zur Wiederaufnahme der Arbeit verpflichtet. Aber nicht genug damit, stellt es der Vorstand der Christen seinen Mitgliedern ausdrücklich frei, dort als Streikbrecher in Arbeit zu treten. Das ist eine hübsche Ouvertüre für eine allgemeine Bewegung der Bergarbeiter. Aber dieses Vorgehen der Leitung des christlichen Gewerksvereins entspricht durchaus der Parole, die jetzt bei den Christen ausgegeben wird.

Man findet die aufdringliche Betonung der Solidarität der Unternehmerinteressen mit denen der christlichen Gewerkschaften neuerdings in den Organen verschiedener christlicher Organisationen, nicht zum wenigsten auch im christlichen "Holzarbeiter", der seit einigen Wochen dieses Themas fast in jeder Nummer behandelt und dabei mit seiner Anbiederung an das Unternehmertum immer deutlicher wird. Bezeichnend sind in dieser Beziehung die folgenden Stellen aus dem Leitartikel in Nr. 46 des christlichen "Holzarbeiter": "Die "Industrie" kann deshalb nichts besseres tun, als sich mit der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter abzufinden, die prinzipiell die den Fortschritt lähmenden Ziele des Sozialismus ablehnt" . . . "Austritt Experimente mit gelben, reichstreuen, vaterländischen und ähnlichen Duldmauervereinen zu machen und für Ausnahmegesetze und die guten Deutschen Arbeiter" von Bruno lobal zu schwärmen, sollten die mächtigen Kreise der Industrie eine Verständigung mit der selbständig geworbenen Arbeiterschaft suchen, die aus ihrer antizonalistischen Gesinnung kein Hehl macht." In dieses Gebiet gehört auch der Abdruck des Artikels in Nr. 47 des christlichen "Holzarbeiter" aus dem christlichen "Zentralblatt", den wir in unserer vorigen Nummer unter der Überschrift "Welche Wendung!" zum Gegenstand einer Besprechung gemacht haben.

Das sind alles Symptome, die zu denken geben. Die Anbiederung der Christen an das Unternehmertum, das Sichzurverfügungstellen als Schutzeinheit der Arbeiterfeinde macht es notwendig, daß wir das Fortschreiten dieses Prozesses aufmerksam verfolgen. Es ist denkbar, daß den kämpfenden Arbeitern daraus zeitweilig und in Einzelfällen erste Nachteile erwachsen. Im allgemeinen aber ist eine solche Aklärung der Situation nur zu begreifen. Die Arbeiterschaft erkennt daran nur deutlicher, wo ihre Interessen wirklich vertreten werden und leichter Endes wird es den freien Gewerkschaften nur zum Vorteil gereichen, wenn sich die Christen zu den Grundsätzen der Gelben bekennen.

Eine Verständigungsdaktion im österreichischen Gewerkschaftsstreit. Am 13. und 14. November fand in Prag eine Konferenz von Vertretern der österreichischen Reichsgewerkschaftskommission und der tschechischen Separatisten statt, auf welcher der Versuch gemacht werden sollte, den Gewerkschaftskonflikt aus der Welt zu schaffen. Außer den Delegierten der Gewerkschaften nahmen auch Vertreter der deutschen, tschechischen, polnischen und slowenischen Parteiorganisationen an der Besprechung teil, die jedoch zu einem Resultat nicht geführt hat. Das Ergebnis der eingehenden Diskussion war der Beschluß, die Beratungen bis Ende November zu vertagen. Der Konferenz lag eine längere, von den Vertretern der tschechischen Gewerkschaftsplat-

mission eingebrachte Resolution vor, zu welcher während der Beratung noch zwei Ämendements gestellt wurden. Demgegenüber stand von deutscher Seite ein Antrag von Dr. Adler, nach welchem gemeinsame organisatorische Einrichtungen herzustellen sind, die sowohl die Zentralverbände, als auch die separatistischen Organisationen umfassen und die dauernde Gemeinsamkeit der Förderung des gewerbsmäßigen Kampfes und die Gemeinsamkeit der dazu nötigen Mittel verbürgten.

Ob die Beratungen inzwischen fortgesetzt worden sind, ist nicht bekannt geworden, jedenfalls sind die Aussichten für eine Verständigung sehr gering. „Die Gewerkschaft“, das Organ der österreichischen Gewerkschaftskommission, erklärt die Vorschläge der Prager Kommission für „vollkommen und bislautabel“. Das Blatt sagt wörtlich: „Nun kann es ja ganz kurz und trocken gesagt werden, daß auf dieser Basis ein Friedensschluß ausgeschlossen ist.“ In ähnlicher Weise hat sich vorher schon der „Holzarbeiter“, äußerst, der in seiner Nummer vom 18. November erklärt: „Obwohl die berufenen Instanzen bisher noch keine Gelegenheit hatten, zu den tschechischen Vorschlägen Stellung zu nehmen, erläutern wir schon heute, daß es vollständig ausgeschlossen ist, auf dieser Grundlage einen Frieden zu schließen, und daß es auf uns den Eindruck macht, als ob die Vertreter der Tschechen mit ihren Vorschlägen die österreichische Arbeiterschaft aller Nationen, die gespannt auf das Ergebnis der Unterhandlungen wartet, nur verhöhnen wollten.“ In seiner neuesten Nummer bringt der „Holzarbeiter“ einige Beispiele für die Art, wie die tschechischen Separatisten den auf der Konferenz vereinbarten Waffenstillstand auffassen. Sie sehen ihre Herabstufungsarbeit unbedeutend fort. Unter anderem haben sie in dieser Zeit des „Waffenstillstands“ zwei Ortsgruppen der separatistischen Organisation der Holzarbeiter aus Mitgliedern des Zentralverbandes gebildet, wobei in dem einen Fall noch berühmte Muster der Waffeld des Zentralverbandes zunächst „verteilt“ worden war.

Bei dieser Lage der Dinge dürfte sich wohl die Hoffnung auf das Gelingen der Verständigungskktion als vergeblich erweisen. Von der Tätigkeit der tschechischen Herabstufungsgruppen gehen die österreichischen Gewerkschaften schweren Zeiten entgegen.

Der Tabakarbeiterverband hat eine außerordentliche Aktion zur Unterstützung seiner arbeitslosen Mitglieder unternommen, die sich allerdings infolge des durch die vorjährige Tabaksteuererhöhung bewirten Geschäftsrückgangs und der Aufhebung der Reichsunterstützung in einer bedauernswerten Notlage befinden. Vorstand und Ausschuß des Verbandes machen bekannt, daß in der Zeit vom 1. Dezember 1910 bis 1. April 1911 eine außerordentliche Arbeitslosenunterstützung gewährt wird. Anspruch auf dieselbe haben ausgesteuerte Mitglieder, die zurzeit arbeitslos sind oder bis zum 1. April arbeitslos werden. Die Unterstützung wird in Höhe der statutarischen Sätze gewährt, und zwar nach Abwälzung Mitgliedschaftsdauer bis zu vierzehn Tagen. Die Unterstützungszeit steigt bis zu 42 Tagen für solche Mitglieder, die dem Verband vier Jahre und länger angehören.

Der achte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands soll, wie das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission mitteilt, in der Zeit vom 26. Juni bis 2. Juli 1911 im Etablissement „Tivoli“ in Dresden stattfinden.

## Unternehmerbewegung.

### Streitversicherung der Arbeitgeber.

Das „Reichsarbeitblatt“ gibt in seinem Novemberheft einen Überblick über die zu Beginn des Jahres 1910 bestehenden Streitentschädigungs- und Streitversicherungsgelegenheiten der Arbeitgeberverbände. Hierbei sind zu unterscheiden: **S t r e i t e r s f i c h e r u n g s - G e s e l l s c h a f t e n**, welche nach bestimmten Grundzügen ihren Versicherten Entschädigung gewähren, und **A r b e i t g e b e r v e r b ä n d e**, von denen wiederum die einen Streitentschädigung nach festen Grundzügen gewähren, während andere solche von Fall zu Fall beschließen. Bei der letzteren Kategorie handelt es sich wohl nur um solche Verbände, bei denen die Bedürftigkeit des Unterstützten für die Gewährung ausschlaggebend ist, in der Praxis also um Unterstützung einzelner kleiner kapitalschwacher Betriebe auf Kosten der am Lohnkampfe mehr interessierten Großbetriebe, also um Almosen besserer Form.

Unter den Streitversicherungsgesellschaften gibt es solche, die nur ganze Korporationen, andere wiederum, die auch einzelne Betriebe als Mitglieder aufnehmen.

Die Arbeitgeberverbände haben die Streitentschädigung zum Teil fakturativ, zum Teil obligatorisch eingeführt. Von diesen lehrtbezeichneten Verbänden werden teilweise die Entschädigungen aus den allgemeinen Verbandsmitteln bestreiten, andere stellen einen Fonds aus Prozenten der Einnahme zu diesem Zweck zur Verfügung, während andere hierfür besondere Beiträge erheben. Einzelne Verbände sind mit ihren Mitgliedern geschlossen einer Streitversicherungsgesellschaft beigetreten. Insgesamt wurden 13 Streitversicherungsgesellschaften gezählt.

Das Statistische Amt hat nähere Feststellungen über Arbeitgeberverbände mit zusammen 115 000 Mitgliedern, die 8 854 680 Arbeiter beschäftigen, vornehmen können. Von diesen haben 207 Verbände mit 27 100 Mitgliedern und 1 952 480 Arbeitern Vorsorge gegen Schäden aus Arbeitsentwicklungen getroffen. Es ist also der vierte Teil aller von der Statistik erfassten Arbeitgeber, die aber über die Hälfte aller Arbeiter beschäftigen, in dieser Weise versichert.

In der Industrie der Holz- und Schnellstoffe ist jedoch das Prozentverhältnis ein bedeutend höheres. Hier sind 5112 organisierte Arbeitgeber mit 63 255 Arbeitern (ohne die anderen Industrien zugeteilten Betrieben, d. h. Musikinstrumenten- und Waggonfabriken) ermittelt, von denen 4270 Arbeitgeber mit 48 422 Arbeitern, das sind 83,5 bzw. 76,6 Proz., sich gegen Streitshäden gesichert haben. Diese Mitglieder entsallen auf 7 einzelne Verbände, nämlich 1 Reichsverband (Arbeitgeberverbund-

band), 1 Bezirks- und 5 Ortsverbände. Von diesen Verbänden gewähren nur zwei die Unterstützungen nach festen Grundzügen, einer unterstützt nur bei Streit, zwei andere auch bei Aussperrungen, während die übrigen wohl die Entscheidung von Fall zu Fall treffen dürfen. Einziger Verbund aus der Holzindustrie ist gegen Streitshäden rücksichtsvoll, d. h. wenn die ausgezahlten Unterstützungen eine bestimmte Höhe erreicht haben, tritt eine Streitversicherungsgesellschaft ein.

Über die Höhe der gewährten Unterstützungen kann die Regel nach denen der einzelne Satz benennen wird, sowie über die für diese Zwecke erhobenen Beiträge befagt der Bericht nichts, ebenso wenig über die bisherigen Leistungen auf diesem Gebiete. Das ist zweifellos ein Mangel dieser Statistik, der aber nicht am Arbeitgeberverband liegt, sondern daran, daß die Arbeitgeberorganisationen sich über alle solchen Punkte grundsätzlich ausschweigen. Wir dürfen wohl mit Recht annehmen, daß diese Leistungen heute noch nicht allzu hoch sind. Wollen die Arbeitgeber eben den vollen Verdienstaufschall bei Streit oder Aussperrung gedeckt haben, so müssen sie mit ihren Beiträgen auch schon ziemlich hoch gehen. Die Streitversicherung der Unternehmer ist heute noch verhältnismäßig jungen Datums. Die Arbeiter werden aber mit dem weiteren Ausbau dieser Einrichtung rechnen und ihre Maßnahmen danach einrichten müssen.

## Polizeiliches und Gerichtliches.

### Vom liberalen Reichsvereinsgesetz.

Am 29. Dezember 1909 fand in Czerny in Westpreußen eine Betriebsversammlung der Fischler der Firma Schütt statt, die sich mit Betriebsangelegenheiten beschäftigte. In dieser Versammlung nahmen auch die Gauvorsteher des deutschen und des christlichen Verbandes teil. Gleich bei der Gründung gab es eine unliebsame Störung, die durch den Gendarmen verursacht wurde, der unerwünscht erschien und die Versammlung überwachten wollte. Dieser Gefechtsmüller wollte gar nicht begreifen, daß er gesetzlich kein Recht zur Überwachung der Betriebsversammlung hatte. Der Gendarm löste sogar die Versammlung auf, doch blieben die Anwesenden auf den Mat der Gauvorsteher sitzen und nachher leistete auch der Gendarm endlich der wiederholten Auflösung Folge, das Volk zu verlassen, in welches er unberechtigt eingedrungen war.

Nach Schluß der Versammlung stand er aber mit den Dorfpolizisten vor der Tür, um die Versammlungsteilnehmer zu notieren. Hier rief nun der christliche Gauvorsteher Schopohl den Kollegen zu, ihre Namen nicht zu nennen. Die Folge dieses Vorganges waren eine Menge Strafmmandate für die Versammlungsteilnehmer, die jedoch vom Schöffengericht nicht bestätigt wurden, da das Gericht anerkannte, daß es sich um eine Betriebsversammlung gehandelt habe, die der Überwachung nicht unterliegt. Gegen Schopohl wurde aber außerdem noch eine Anklage wegen Vergehen gegen §§ 110 und 111 des Strafgesetzbuches (Auflösung zum Ungehorsam gegen Gesetze) erhoben. Der Landrat des Kreises Königsberg legte damals in einem Schreiben an den Staatsanwalt auf die strenge Bestrafung des Schopohl großes Gewicht und er hatte auch die Befugnung, daß das Schöffengericht den Sünder zu 14 Tagen Gefängnis verurteilte. Die Freude wurde jedoch getrübt durch den Umstand, daß dieses Urteil als gesetzwidrig klassiert werden mußte, denn die Sache gehörte gar nicht vor das Schöffengericht. Von der zuständigen Strafammer wurde Schopohl freigesprochen.

Gegen dieses Urteil legte der Staatsanwalt Revision ein und nunmehr hat das Reichsgericht entschieden, daß das freisprechende Urteil aufzuheben und der Prozeß an die Vorinstanz zurückverwiesen ist. Der Angeklagte wird also in der neuzeitlichen Verhandlung vor der Strafammer verurteilt werden müssen. Interessant ist die Begründung, die das Reichsgericht seiner Entscheidung gab. Es erkannte an, daß allerdings von einer öffentlichen Versammlung gesprochen werden könnte, daß aber die Teilnehmer der Auflösung, sich zu entfernen, in jedem Falle auch wenn die Auflösung zu Unrecht erfolgte, hätten Folgeleistungen müssen. Den Versammelten steht nicht das Recht zu, die Gültigkeit der behördlichen Anordnungen zu prüfen. Da Schopohl die Versammlung zum Bleiben aufgefordert habe, habe er sie damit zu einer strafbaren Handlung im Sinne des § 111 des Strafgesetzbuches aufgefordert.

Dieses Urteil des höchsten Gerichtshofes ist bedeutsam. Es stellt den Polizeiorganen einen Freibrief zur Störung selbst von solchen Versammlungen aus, in welchen sie von Gesetzen wegen gar nichts zu suchen haben. Hält es einen Polizisten in seiner Gesetzesunkenntnis ein, eine Versammlung unberechtigterweise aufzulösen, dann müssen die Teilnehmer schweigend verschwinden. Sie können sich ja beschweren und erfahren dann vielleicht nach Monaten auf dem Instanzenwege, daß „das Erforderliche veranlaßt“ sei, wie die amtliche Redensart bekanntlich lautet. Aber der Befehl der Versammlung ist dank der mangelnden Gesetzeskenntnis des Polizisten oder seiner Auftraggeber bereitgestellt. So sieht die deutsche Verfassungsfreiheit unter der Herrschaft des liberalen Reichsvereinsgesetzes aus!

## Eingesandt.

### Zur Branchenkonferenz der Bergarbeiter.

Ich würde das lezte Eingesandt so wie das des Kollegen Ohlau zu den übrigen legen, wenn es mich nicht persönlich angeinge. Es wurde da behauptet, ich hätte drei Viertel Jahr später über erste Differenzen berichtet. Wenn dem so wäre, so habe ich immer noch keine Verpflichtung gehabt, darüber zu berichten, denn das ist Sache des Branchenleiters. Darum berühren mich die Kraftworte wie „demagogisch“ nicht im mindesten, sie fallen auf den Verfassenden zurück. Also, Kollege, ist es besser, derartige Worte nicht zu gebrauchen; die ziehen bei den Pro-

vinzien doch nicht, sondern rufen nur unnütze Dinge, die mit der Konferenz nichts zu tun haben, hervor. Das manches zu wünschen übrig läßt, bemüht z. B. die Abstimmung, die am 25. September von der Zentralkommission veranlaßt ist, und jetzt erfahren wir auf Übereinstimmung das Resultat. Dieses Resultat ist allerdings bedauerlich, zeigt aber deutlich, daß die Zentralkommission ihren ehemaligen Schmid verloren hat. Zu guter Letzt sucht der Kollege noch die Zentralkommission und den Kollegen Ohlau in Schuß zu nehmen, indem er uns den Mat gibt, nichts gegen sie zu schreiben, weil beide nicht anders könnten. Ich will es für die Zentralkommission gelten lassen, aber für den Kollegen Ohlau nie. Das der Artikel so viel Empörung hervorrief, verschuldeten die unkollegialen Verdächtigungen, die darin enthalten waren. Es freut uns ungemein, wenn in Berlin Fortschritte gemacht werden, denn Erfolge in Berlin sind auch Erfolge in der Provinz. Ich lasse mich kurz dahin zusammen: Möge die Zentralkommission bald ihre Meinung hören lassen, was sie zu tun gedenkt. Darum, Kollegen, die Zeit, die uns zur Verfügung steht, muß zur Werbung neuer Mitglieder benutzt werden, denn vereint sind wir alles, einzeln nichts.

S. G. Stendal.

## Literarisches.

Die nachstehenden Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2, bezogen werden.

**Preußischer Kommiss. Soldatengeschichten** von August Winnig. Illustriert von J. Damberger-München. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 88. — Es sind keine der landläufigen Soldatengeschichten, die der Verfasser in seinem Buche gibt. Er schildert seine eigenen Erlebnisse während der Dienstzeit, wie er sie mit den Augen des klassenbewußten Arbeiters gesehen hat. Winnig packt den in Deutschland immer aktuellen Stoff frisch und lebendig an und entwirft für Gediente und Nichtgediente gleich interessante Bilder, die gegenüber der landläufigen erlogenem Militärverherrlichung einmal die Wirklichkeit schildern. — Preis 1,50 Pf., gebunden 2 Pf. Auch zu beziehen in zehn Heften à 15 Pf.

**Geschichte der Revolutionen vom niedersächsischen Aufstand bis zum Vorabend der französischen Revolution**. Von A. Conrad. Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit. Die Hefte 2—4 sind erschienen. Bestellungen zum Preise von 20 Pf. pro Hest nehmen alle Buchhandlungen, Klopftreure und Zeitungsspeditionen entgegen. Jede Woche erscheint ein Hest. Mit dem Abonnement kann jederzeit begonnen werden. Probehefte und Prospekte kostenlos vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 88.

**Die Kämpfe um Knappshaftreformen im Allgemeinen Knappshaftsverein Bochum**. Herausgegeben vom Vorstande des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

**Die Schrift** ist aus Anlaß der Wahl der Knappshafträte herausgegeben. Sie hat aber dauernden Wert und nicht nur für die nächstbeteiligten Bergarbeiter. Sie ist ein Dokument für die Arbeitersolidarität des christlichen Gewerkvereins der Bergarbeiter, der seinerseits bekanntlich den übrigen christlichen Gewerkschaften als nachseitenswertes Vorbild gilt.

**Welche Aufgaben haben die Sicherheitsmänner?** Herausgegeben vom Vorstande des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

**Internationale Bergarbeiterföderation**. Protokoll des 21. Internationalen Bergarbeiterkongresses zu Brüssel, 8. bis 12. August 1910.

**Transportarbeiter-Notkalender für das Jahr 1911**. Herausgegeben vom Transportarbeiterverband. Verlag der Verlagsanstalt „Courier“ C. m. b. H.

**In Freien Stunden**. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 88. Die Hefte 45—47 sind erschienen. Wie uns der Verlag mitteilt, gelangt das Kunstblatt „Muthsädel Flugslandschaft mit Windmühle“ — das die Abonnenten kostenlos erhalten — mit Nummer 52 zur Ausgabe. In Freien Stunden erscheint wöchentlich und kostet pro Hest 10 Pf.

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Fischler und anderer gewerblicher Arbeiter**

(E. G. 8 in Hamburg).

**Ginnahme im November**: Nebenschul sandten ein: Berlin G 1600, Berlin B 800, Lindenau, Blaibach je 800, München 11, Niedorf, Stuttgart je 500, Berlin A, Düsseldorf, Erlangen, Karlsruhe, Spandau, Weihenstephan je 400, Aschaffenburg, Bamberg, Köln II, Mannheim, Mühlheim a. N., Sellerhausen, Würzburg II je 300, Gotha, Neudorf, Meiningen je 250, Beiertheim, Camberg, Coblenz, Gutriesch, Feudenheim, Dorchheim, Giebelstein, Gotha, Halle, Hamburg IV, Harburg, Kastel, Kiel, Kirchheim, Neu-Isenburg, Oppau, Regensburg, Rumpenheim, Schwäbisch Gmünd, Schweinfurt je 200, Mandersdorf 120, Baumgartenweg, Botha, Freiberg, Göppingen, Hamburg III, Leipzig I, Mühlheim a. D., Rheydt, Salmünster, Billingen je 150, N. Hausen 125, Niederberg, Salzungen je 120, Alsbach, Blankenburg i. Th., Brunsbüttelvoog, Büderup, Cäcilie, Dettau, Dünnwald, Ekelsh, Endenich, Eslingen, Finthen, Gaisburg, Gonzenheim, Großenritte, Heidelberg, Königsberg, Oberbettringen, Steinendorf, Nördlingen, Schönau, Sindlingen, Vollstedt, Zwidau, Eislingen je 100, Bassen 95, Unterbodingen 90, Rod, Schleswig je 80, Wismar 70, Aachen 65, Hanau, N. Krohenburg je 60, Döbbrick, Jena, Münster, Oschatz, Saalfeld, Weidenberg je 50, Wilhelmshausen 48, Arzheim 40.

Summe der Nebenschul	19 788.— Pf.
Beiträge von Einzelmännern	2 978.—
Eintrittsgelder von Einzelmännern	59,10
Gaben von Kapitalien	5 810,—
Sonstige Einnahmen	559,09

Gesamteinnahme 29 189,19 Pf.

Ausgabe im November: Zuschuß erhielten: Gelsenkirchen 600, Berlin II, Mühlheim a. d. M. je 400, Wiesbaden 350, Dresden, Heidelberg, Schöneweide je 300, Bremen, Darmstadt, Göttingen, Grethen, Hohenlohe-Neckarstadt, Kassel, Niedenburg, Leipzig II, Lenbach, Potsch, Mainz, Mombach, Nied, Rauniburg, Pfungstadt, Schleissheim, Weinheim, Worms je 200, B. Gladbach, Cannstatt, Gräbow, Haldach, Oberrad, Oettingen, Pöll, Sins, Untergrüne, Wachenbuchen, Wahlerhausen, Wurzen je 150, Helle, Rastatt, Wehrleje 120, Buchheim, Büdenhain, Büdingen, Burgsteinfurt, Konstanz, Unnervendorf, Degerloch, Düsseldorf, Goslar, Hulmbach, Langenberg, Miltenberg, Potsdam, Marburg, Schneidels, Schwartau, Schwerin, Unterförde, Wilhelmshaven, Buxtehude je 100, Venneheim, Würzburg, Dillmen je 80, Gellbach,

Nriedberg je 70, Lauterbach, Ohlau, Basewall, Gegeberg je 60.	
Summe der Zuschüsse	11 390,- M.
Abstandsgeld an Einzelmitglieder	3 505,- "
Sonstige Ausgaben	3 914,40 "
Gesamtausgabe	18 809,40 M.
Gesamtausgabe	29 189,10 M.
Gesamtausgabe	18 800,40 "
Zunahme des Vermögens	10 280,78 M.

Die neuen Plakate, die neuen Marken sowie die Abrechnungsformulare für das vierte Quartal sind am 15. November an alle Orte versandt worden. Erwäge Ne-

klamationen wegen Nichteintreffen des genannten Materials bitten wir umgehend an uns gelangen zu lassen.

Der Vorstand, S. A.: G. V. in v.

### Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen

(E. H. 88, Hamburg.)

Im November fanden Ueberschüsse ein: Berlin A 400,- M., Berlin D. 400,- M., Berlin B. 300,- M., Siegburg 300,- M., Berlin C. 200,- M., Cöthen 200,- M., Fürth 200,- M., Hamburg 150,- Linden 150,- M., Mars, Hamburg II 100,- M. Summa 2390,- M.

Zuschuß erhielt: Helmstedt 100,- M.

Jul. Maßmann, Hauptklassierer.

### Anzeigen.

Hamburg. Der paritätische Arbeitsnachweis ist am 1. Oktober 1910 eröffnet und befindet sich in Hamburg, Südoststrasse 41. Für den geschäftlichen Verkehr geöffnet von montag bis 1. Uhr. Telefon Grünwald III, 4430 und Gruppe I, 2719.

Das Umschauen im Arbeitssiedel Hamburg, Elbtona, Sandow, Wilhelmshaven und Cöln ist strengstens verboten. Die Einführung der Betriebsvertragsschulden darf nur durch den paritätischen Arbeitsnachweis erfolgen.

Würzburg. Der paritätische Arbeitsnachweis für das Holzgewerbe zu Würzburg befindet sich Freitags, 28 und 30. geöffnet zweitags abends von 6½ Uhr an. Die gesamte Arbeitsverteilung erfolgt nur durch diesen Arbeitsnachweis. Umschauen ist streng verboten.

Der Arbeitsnachweis für die Möbelindustrie zu Würzburg unterhabt 100,- M. gewertet.

Münster a. Döller. Werkstätte bei L. Schäfer, Döller, 8. Dasfehlung der Meisterunterstützung, abends 6 bis 7 Uhr.

Kreuzen, Vogtland. Der Arbeitsnachweis befindet sich bei Karl Probstsa, Mollstraße 33. Umschauen strengstens verboten.

Weissenfels. Der Arbeitsnachweis für Alte, Frischholzhersteller, Drechsler und Wagner befindet sich bei den Kollegen Elsner, Hermanns, 22, born drei. Umschauen ist strengstens verboten. Die Meisterunterstützung wird im Gewerbeschulhaus, Wallstraße 11, ausgeschafft. Am Wochenenden abends 7-8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags von 12-1 Uhr.

Berndorf. Arbeitsnachweis Hohenstraße 59. Umschauen strengstens verboten.

Vladimir Randtlich, Schreiner aus Zorbien deutscher Nationalität geben kann, wird um Mitteilung gebeten an die Section Tischl. des Schwab. Holzarbeiter-Verbandes, Grünwald III, Gelbwalzplatz.

Max Ellermann, Tischler, Buchn. 13221, und Karl Selber, Tischler, Buchn. 46489 werden aufgerufen, die aus der Gewerkschaftsstätte in Gotha, Westf., entliehenen Tische sofort abzugeben.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

### Zahlstelle Hannover-Linden.

Unser Bureau befindet sich vom 22. November 1910 ab im neuen Partei- und Gewerbeschulhaus "Solidarität", Moosalstraße 7, Zimmer 10. Telefon: Nr. 5643.

Dasselb. auch der Gauvorstand, Kollege Dr. Woltmann, Zimmer Nr. 9. Telefon: Nr. 5643. Die Lokalverwaltung.

Tischler auf furnierte Möbel für dauernde Beschäftigung bei Handbetrieb sucht.

Karl Ahendroth

Waldrup b. Schüttorf, Holländische Grenze.

Möbelstischler für bessere furnierte Salontische gesucht.

P. Fritsche & Co., Luxusmöbelfabrik, Liegnitz.

Füchtige Möbelstischler auf furnierte Stuhlmöbel für dauernd gesucht, desgl. ein Möbelpolsterer, berberateter bevorzugt.

Johannes Behrendt, Barchim i. Medz.

12 Modestischler gesucht, nicht unter 21 Jahren.

Holzarbeiter-Verband Bremen

Kaulestraße 58/60.

Suche einen in allen modernen Beiz- und Polierarten durchaus erfahrenen, soliden Mann als Beizer und Polierer für dauernde Stellung. Offeren mit Gehaltsansprüchen an.

Konig Groß, Möbelfabrik, Landau, Pfalz.

Züchtiger zuberlässiger Drechsler für Kraftbetrieb, der auch mit Holzbearbeitungsmaschinen Bescheid weiß, findet dauernde Stellung. Bewerber muß besonders in Trepengeländern, Krümmungen und im Ausschneiden sein. Ausführliche Meldungen erbeten.

Witt & Börnicke, Graudenz.

Einige Hartgummibrecher werden für sofortigen Einstieg und dauernde Beschäftigung gesucht von

Gebäckerei Werten, Hartg.-Warenfabrik, Gummersbach, Rheinland.

Einige tüchtige Steinöfelmacher werden bei hohem Lohn sofort gesucht.

Joh. Gundel, Steinwarenfabrik

Nürnberg, Postd. Nägelestraße 1.

Drechsler gesucht. Berberateter bevorzugt. Dauernde Beschäftigung.

Gebr. Jacobson, Nordhastedt i. Holstein.

Den Kollegen, welche sich um den Posten eines 2. Bevollmächtigten beworben, zur Kenntnis, daß in der Versammlung am 29. November d. J. der Kollege F. Witter-Hamburg gewählt wurde. Den Bewerbern für ihre Bewerbungen besten Dank, eine weitere Mitteilung an die Bewerber ergeht nicht.

Die Ortsverwaltung.

Den Kollegen, welche sich um den Posten eines 2. Bevollmächtigten beworben, zur Kenntnis, daß in der Versammlung am 29. November d. J. der Kollege F. Witter-Hamburg gewählt wurde. Den Bewerbern für ihre Bewerbungen besten Dank, eine weitere Mitteilung an die Bewerber ergeht nicht.

Die Ortsverwaltung.

Den Kollegen, welche sich um den Posten eines 2. Bevollmächtigten beworben, zur Kenntnis, daß in der Versammlung am 29. November d. J. der Kollege F. Witter-Hamburg gewählt wurde. Den Bewerbern für ihre Bewerbungen besten Dank, eine weitere Mitteilung an die Bewerber ergeht nicht.

Die Ortsverwaltung.

Den Kollegen, welche sich um den Posten eines 2. Bevollmächtigten beworben, zur Kenntnis, daß in der Versammlung am 29. November d. J. der Kollege F. Witter-Hamburg gewählt wurde. Den Bewerbern für ihre Bewerbungen besten Dank, eine weitere Mitteilung an die Bewerber ergeht nicht.

Die Ortsverwaltung.

Den Kollegen, welche sich um den Posten eines 2. Bevollmächtigten beworben, zur Kenntnis, daß in der Versammlung am 29. November d. J. der Kollege F. Witter-Hamburg gewählt wurde. Den Bewerbern für ihre Bewerbungen besten Dank, eine weitere Mitteilung an die Bewerber ergeht nicht.

Die Ortsverwaltung.

Den Kollegen, welche sich um den Posten eines 2. Bevollmächtigten beworben, zur Kenntnis, daß in der Versammlung am 29. November d. J. der Kollege F. Witter-Hamburg gewählt wurde. Den Bewerbern für ihre Bewerbungen besten Dank, eine weitere Mitteilung an die Bewerber ergeht nicht.

Die Ortsverwaltung.

Den Kollegen, welche sich um den Posten eines 2. Bevollmächtigten beworben, zur Kenntnis, daß in der Versammlung am 29. November d. J. der Kollege F. Witter-Hamburg gewählt wurde. Den Bewerbern für ihre Bewerbungen besten Dank, eine weitere Mitteilung an die Bewerber ergeht nicht.

Die Ortsverwaltung.

Den Kollegen, welche sich um den Posten eines 2. Bevollmächtigten beworben, zur Kenntnis, daß in der Versammlung am 29. November d. J. der Kollege F. Witter-Hamburg gewählt wurde. Den Bewerbern für ihre Bewerbungen besten Dank, eine weitere Mitteilung an die Bewerber ergeht nicht.

Die Ortsverwaltung.

Den Kollegen, welche sich um den Posten eines 2. Bevollmächtigten beworben, zur Kenntnis, daß in der Versammlung am 29. November d. J. der Kollege F. Witter-Hamburg gewählt wurde. Den Bewerbern für ihre Bewerbungen besten Dank, eine weitere Mitteilung an die Bewerber ergeht nicht.

Die Ortsverwaltung.

Den Kollegen, welche sich um den Posten eines 2. Bevollmächtigten beworben, zur Kenntnis, daß in der Versammlung am 29. November d. J. der Kollege F. Witter-Hamburg gewählt wurde. Den Bewerbern für ihre Bewerbungen besten Dank, eine weitere Mitteilung an die Bewerber ergeht nicht.

Die Ortsverwaltung.

Den Kollegen, welche sich um den Posten eines 2. Bevollmächtigten beworben, zur Kenntnis, daß in der Versammlung am 29. November d. J. der Kollege F. Witter-Hamburg gewählt wurde. Den Bewerbern für ihre Bewerbungen besten Dank, eine weitere Mitteilung an die Bewerber ergeht nicht.

Die Ortsverwaltung.

Den Kollegen, welche sich um den Posten eines 2. Bevollmächtigten beworben, zur Kenntnis, daß in der Versammlung am 29. November d. J. der Kollege F. Witter-Hamburg gewählt wurde. Den Bewerbern für ihre Bewerbungen besten Dank, eine weitere Mitteilung an die Bewerber ergeht nicht.

Die Ortsverwaltung.

Den Kollegen, welche sich um den Posten eines 2. Bevollmächtigten beworben, zur Kenntnis, daß in der Versammlung am 29. November d. J. der Kollege F. Witter-Hamburg gewählt wurde. Den Bewerbern für ihre Bewerbungen besten Dank, eine weitere Mitteilung an die Bewerber ergeht nicht.

Die Ortsverwaltung.

Den Kollegen, welche sich um den Posten eines 2. Bevollmächtigten beworben, zur Kenntnis, daß in der Versammlung am 29. November d. J. der Kollege F. Witter-Hamburg gewählt wurde. Den Bewerbern für ihre Bewerbungen besten Dank, eine weitere Mitteilung an die Bewerber ergeht nicht.

Die Ortsverwaltung.

Den Kollegen, welche sich um den Posten eines 2. Bevollmächtigten beworben, zur Kenntnis, daß in der Versammlung am 29. November d. J. der Kollege F. Witter-Hamburg gewählt wurde. Den Bewerbern für ihre Bewerbungen besten Dank, eine weitere Mitteilung an die Bewerber ergeht nicht.

Die Ortsverwaltung.

Den Kollegen, welche sich um den Posten eines 2. Bevollmächtigten beworben, zur Kenntnis, daß in der Versammlung am 29. November d. J. der Kollege F. Witter-Hamburg gewählt wurde. Den Bewerbern für ihre Bewerbungen besten Dank, eine weitere Mitteilung an die Bewerber ergeht nicht.

Die Ortsverwaltung.

Den Kollegen, welche sich um den Posten eines 2. Bevollmächtigten beworben, zur Kenntnis, daß in der Versammlung am 29. November d. J. der Kollege F. Witter-Hamburg gewählt wurde. Den Bewerbern für ihre Bewerbungen besten Dank, eine weitere Mitteilung an die Bewerber ergeht nicht.

Die Ortsverwaltung.

Den Kollegen, welche sich um den Posten eines 2. Bevollmächtigten beworben, zur Kenntnis, daß in der Versammlung am 29. November d. J. der Kollege F. Witter-Hamburg gewählt wurde. Den Bewerbern für ihre Bewerbungen besten Dank, eine weitere Mitteilung an die Bewerber ergeht nicht.

Die Ortsverwaltung.

Den Kollegen, welche sich um den Posten eines 2. Bevollmächtigten beworben, zur Kenntnis, daß in der Versammlung am 29. November d. J. der Kollege F. Witter-Hamburg gewählt wurde. Den Bewerbern für ihre Bewerbungen besten Dank, eine weitere Mitteilung an die Bewerber ergeht nicht.

Die Ortsverwaltung.

Den Kollegen, welche sich um den Posten eines 2. Bevollmächtigten beworben, zur Kenntnis, daß in der Versammlung am 29. November d. J. der Kollege F. Witter-Hamburg gewählt wurde. Den Bewerbern für ihre Bewerbungen besten Dank, eine weitere Mitteilung an die Bewerber ergeht nicht.

Die Ortsverwaltung.

Den Kollegen, welche sich um den Posten eines 2. Bevollmächtigten beworben, zur Kenntnis, daß in der Versammlung am 29. November d. J. der Kollege F. Witter-Hamburg gewählt wurde. Den Bewerbern für ihre Bewerbungen besten Dank, eine weitere Mitteilung an die Bewerber ergeht nicht.

Die Ortsverwaltung.

Den Kollegen, welche sich um den Posten eines 2. Bevollmächtigten beworben, zur Kenntnis, daß in der Versammlung am 29. November d. J. der Kollege F. Witter-Hamburg gewählt wurde. Den Bewerbern für ihre Bewerbungen besten Dank, eine weitere Mitteilung an die Bewerber ergeht nicht.

Die Ortsverwaltung.

Den Kollegen, welche sich um den Posten eines 2. Bevollmächtigten beworben, zur Kenntnis, daß in der Versammlung am 29. November d. J. der Kollege F. Witter-Hamburg gewählt wurde. Den Bewerbern für ihre Bewerbungen besten Dank, eine weitere Mitteilung an die Bewerber ergeht nicht.

Die Ortsverwaltung.

Den Kollegen, welche sich um den Posten eines 2. Bevollmächtigten beworben, zur Kenntnis, daß in der Versammlung am 29. November d. J. der Kollege F. Witter-Hamburg gewählt wurde. Den Bewerbern für ihre Bewerbungen besten Dank, eine weitere Mitteilung an die Bewerber ergeht nicht.

Die Ortsverwaltung.

Den Kollegen, welche sich um den Posten eines 2. Bevollmächtigten beworben, zur Kenntnis, daß in der Versammlung am 29. November d. J. der Kollege F. Witter-Hamburg gewählt